

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 27

SOS
MITMENSCH

2€
KOPFSTÜCKE DAVON
FÜR EURO

SOZIALSTAAT RELOADED

Markus Marterbauer
im Interview

AUF DER FLUCHT

EU braucht einheitliches
Asylsystem

GAST-KOMMENTAR:

Renate Csörgits über
den MigrantInnen-Index
im AMS

WER BRAUCHT NOCH...

SOLIDARITÄT

U2_Inserat???
Alex-Ankündi-
gung...



Asylsuchende wie Abdullah S. brauchen Solidarität.
Foto: Karin Wasner

Liebe Leserin Lieber Leser

Kanzler Faymann fordert Solidarität mit Griechenland, sein Stellvertreter Spindelegger fordert sie für die Bauern. Ok, aber was wurde eigentlich wirklich aus... Solidarität? Ehemals ein politischer Kampfbegriff, lange Zeit nahezu verpönt, taucht er jüngst in der Finanz- und Systemkrise wieder verstärkt auf. Was die Leute heute darunter verstehen, hat uns für diese Ausgabe interessiert. Solidarisch zu sein, das zeigt die erste Reportage, ist eine Frage individueller Auslegung. Eben erst arbeitslos gewordene verdienen sie, Langzeitarbeitslose nicht. Die sollen sich endlich wieder eine Hack'n suchen, erklärt ein Bursche. Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand konstatiert in seinem Beitrag ein massives Defizit, das sich vom Individuum bis zu nationalstaatlichen Institutionen zieht. Warum Werte wie Solidarität abnehmen, sei dabei kein Mirakel: „Die direkten Formen von Anteilnahme und Unterstützung nehmen in Gesellschaften ab, in denen Leistung und Verantwortung individualisiert werden.“, schreibt Brand. Auch wenn wir dem Credo der Flexibilisierung in der Leistungsgesellschaft und der Rhetorik des unbegrenzten Wachstums noch anhängen, ist für den Ökonomen Markus Marterbauer noch nicht aller Tage Abend. Er zieht Mario Draghi, den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, der Fehleinschätzung, weil dieser das europäische Sozialstaatsmodell für „ausgedient“ befand, und erklärt im Interview, warum gerade jetzt ein solidarischer Staat gebraucht werde.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:
Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Poll-
ak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg
AUTORINNEN DIESER AUSGABE:
Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Nasila Beran-
gy, Ulrich Brand, Martin Schenk, Philipp Son-
deregger, Hanna Silbermayr, Olivera Stajic, Ken-
zie Strauß, Baruch Wolski

PROJEKTL EITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Thomas Just, Andreas Görg

GRAFIK: Mitko Javritchev, Monika Nutz

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:
SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschen-
rechte, Demokratie und Migration. Der Nach-
druck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle
und Übersendung von Belegexemplaren aus-
drücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien
liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e Ur-
heber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Foto: Karin Wasner

14 ZEIT, EINE NEUE POLITIK ZU WAGEN

Skandinavien zeigt vor, wie solidarische Gesell-
schaften aussehen. Nach dem Wahlsieg Francois
Hollandes sieht Markus Marterbauer die Chance,
das Ruder in Europa herumzureissen.



Illustration: Eva Vasari

18 SOLI STATT WIRTSCHAFT ANKURBELN

Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand hält die
Individualisierung für Leistung und Verantwortung
für eine fatale Entwicklung.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Kettenmails: Wie die Rechten mit Falschmel-
dungen auf Stimmenfang gehen.



Dossier

10 „IRGENDWANN IST DAS MASS VOLL.“

Ein Gespräch mit drei BürgerInnen über Grie-
chenland, Arbeitslosigkeit und Zuwanderer.
Reportage: Hanna Silbermayr

14 WANN, WENN NICHT JETZT

Der Ökonom Markus Marterbauer fordert
den Ausbau des Sozialstaates als stabilisierende
Kraft.

Interview: Gunnar Landsgeßell

18 DIE WETTBEWERBSFALLE

Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand führt
aus, wie unser Gesellschaftsmodell die
Solidarität kaputt macht.

Text: Ulrich Brand

22 ZURÜCK ZUM START

Das Dublin-Verfahren hat ausgedient. Die EU
braucht ein neues, sinnvolles Asylsystem

Text: Nasila Berangy

26 ETHNIC SOLIDARITY

Warum organisieren sich Menschen nach
Sprache oder Nationalität? Ein Gespräch mit
zwei Angehörigen der türkischen Community.
Gespräch: Baruch Wolski

30 NÄHEN FÜR DIE REICHEN

Was kostet es, TextilarbeiterInnen in Asien
gerecht zu entlohnen? Eigentlich nur ein paar
Cent, aber die will kaum jemand zahlen.

Text: Eva Bachinger



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner

30 IM SWEATSHOP

China, Indien, Bangladesh: Frauen, oft noch Mädchen, nähen dort für ein paar Euro im Monat für das europäische Klientel. Warum zahlen sie statt uns den Preis dafür?

22 EU-WEITES ASYLSYSTEM GEFORDERT

In der EU werde Flüchtlinge wie Pakete hin- und herschickt. „Lastenausgleich“ nennt sich das. Warum das Dublin-Verfahren ausgedient hat.

NGOs / Welt

34 WIR HABEN DEN BEFEHL, DICH UMZUBRINGEN

Das Vernehmungprotokoll von Bakary J., der 2006 von vier Wega-Beamten fast zu Tode gebracht wurde.

40-43 POPULÄRKULTUR

Rezensionen. Neue Bücher von Eva Bachinger /Martin Schenk sowie von Kathrin Hartmann
2x5: MO-Autorin Eva Bachinger

41 SPOTLIGHT

Die Leiterin des Wiener Integrationshauses Andrea Eraslan-Weninger im Portrait.
Text: Clara Akinyosoye

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock ist übersiedelt... und trifft auf alte Bekannte.
Aufgezeichnet von Gunnar Landsgesell

45 SOS MITMENSCH

Migration ist der falsche Hintergrund.

46 ANDERE ÜBER ...

SP-Nationalratsabgeordnete Renate Csörgits erklärt, warum der MigrantInnen-Index, der für das AMS eingeführt wurde, Sinn macht.

38 KOLUMNEN

BANKRAUB UND ESPRESSOKANNE
Bankraub heißt, dass Sitzen auf öffentlichen Banken verdächtig ist.
Von Martin Schenk

EINFLUSS AUFS SPIEL NEHMEN
Was der Gesetzgeber von Brettspiele-EntwicklerInnen lernen kann.
Von Philipp Sonderegger

WAS HEISST INTEGRATIONSPROBLEME?
Beim Bildungserfolg spielen Milieu und Migration eine wichtige Rolle.
Von Olivera Stajic



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

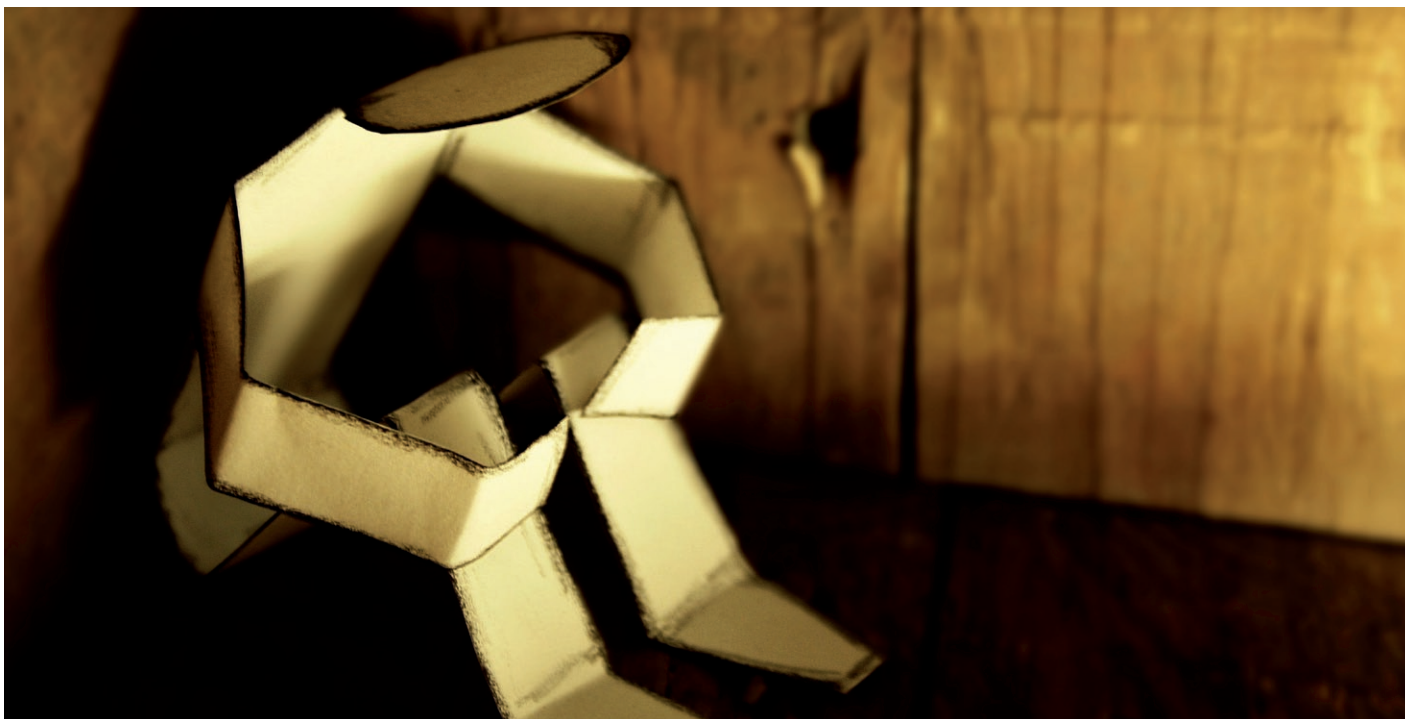
Foto: Karin Wasner

Die Wahrheit
Liebes Redaktionsteam,
 mein Vater hat Ihre Zeitung von einem Kolporteur gekauft, dann lag sie zu Hause herum, und ich hab sie gelesen. In der Schule hatten wir grad den Euro, jetzt machen wir Arbeitslosigkeit durch. Mich interessiert immer die Wahrheit. (Weil in der Schule erzählen sie ja viel Blödsinn!) Ich möchte mich bedanken für diese tolle Ausgabe. „Magazin für Menschenrechte“, das ist eine gute Idee. Ihr sprecht wichtige Themen an. Das finde ich gut. Zum Schluss noch ein bisschen Kritik: Ihr könntet das Layout ansprechender gestalten, z.B.: größere Schrift, größere Zeilenabstände, lockerere Gestaltung, usw. Ansonsten: Macht weiter so!
 Ganz liebe Grüße,
 Caroline, 13 Jahre, Wien

Interview Frigga Haug
Vier Stunden Tag
 Ich vermisse im Interview mit Frau Haug, die darin den Vier-Stunden-Tag propagiert, die Frage der Entlohnung. Das Gehalt sollte ja nicht wesentlich gekürzt werden, wer kommt also für die Verdoppelung der Stundenlöhne auf? Oder ist man naiv, dass einen solche Kleinigkeiten beschäftigen, während ein wahrlich revolutionärer Entwurf zur Diskussion steht? Die ehrliche Antwort darauf ist wohl: In unserem kapitalistischen System wird diese Frage nicht zu lösen sein. Entwürfe wie diese bleiben damit nette Gedankenspiele, letztlich Utopie.
 Mit freundlichen Grüßen,
 Franz Halmetschlagner,
 per Email

Interview Frigga Haug II
Vier Stunden Tag
 Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte in den 30er Jahren eine Prognose aufgestellt: In 100 Jahren, also 2030, wären die Produktivkräfte enorm entwickelt, ökonomische Kämpfe und die Frage des Lebensunterhalts wären praktisch gelöst. Um sein Leben bestreiten zu können, würden die Menschen nicht länger als drei Stunden täglich arbeiten. Entwürfe wie diese gibt es mehrere. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte hatte Keynes offensichtlich Recht. Was aber trennt uns von der 15-Stunden-Woche? Die Antwort geben Wirtschaftsparteien wie die ÖVP, wenn auch unfreiwillig. Geht es der Wirtschaft gut, geht es uns gut, heißt ein lang-

jähriges Credo. Tatsächlich liegt hier der Hund begraben. Arbeitszeit- und Entlohnungsmodelle orientieren sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft, nicht an der der Arbeitnehmer. Weil das auch noch 100 Jahre nach Keynes Analyse so ist, haben wir von den technologischen Entwicklungen nichts, außer, dass wir – so wird uns von der Politik mitgeteilt – noch mehr arbeiten müssen. Es wäre hoch an der Zeit, die Belastungen zugunsten eines sinnvollen neuen Modells zu beenden.
 Beste Grüße,
 Barbara Weingartner, per Email



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100

UN

RECHT

Damit wir uns weiterhin für die
Rechte aller Menschen einsetzen können

PSK 91000590, BLZ 60000

DANKE!



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar

www.sosmitmensch.at



KETTENMAILS

„Irre, einfach irre!!!“

Wie die Rechten mit Falschmeldungen auf Stimmenfang gehen.

Sie zählen zu den politischen Waffen, über die in der Öffentlichkeit kaum gesprochen wird. Manchmal geht es um Tierschutz, manchmal um lustige oder halblustige Bilder, oft geht es aber auch um Hetze. Die Rede ist von Kettenmails. Es vergeht kein Monat, in dem nicht ein neues Mail gegen „die Asylanten“, „die Türken“ oder „ausländische Sozialschmarotzer“ in Umlauf gebracht wird.

Die Kettenmail-InitiatorInnen halten sich dabei strikt an alle Regeln der unkooperativen Informationsweitergabe: sie verbreiten unvollständige, nicht verifizierbare und häufig schlicht unwahre Informationen. Markige Betreffzeilen wie „Ist ja irre!“, „Ohne Worte, mir hat es die Sprache verschlagen!“, „Das darf doch nicht wahr sein!“ sollen Betroffenheit und Authentizität vermitteln. Besonders perfide: Um den Inhalten der Mails offiziellen Charakter zu verleihen, wird oftmals eine (falsche) behördliche Absenderadresse angegeben.

Doch woher kommen die Kettenmails wirklich? In den vergangenen Jahren haben sich einige Blogs etabliert, in denen nichts anderes getan wird, als gegen Asylsuchende, Zuwanderer, MuslimInnen und auch gegen Menschenrechtsorganisationen Stimmung zu machen.

Asyllügen und andere strategische Unwahrheiten: Im Internet als Erfahrungsberichte getarnt und an Leichtgläubige verbreitet.

Durch die Beschreibung apokalyptischer Zustände und die Warnung vor dem drohenden Untergang „unseres Abendlandes“ soll die Angst vor einem im Gang befindlichen Identitätsraub geschürt werden. Oft stehen diese Blogs in einem Naheverhältnis zur FPÖ. Und vielfach sind diese Blogs der inhaltliche Ausgangspunkt für Kettenmails.

Zweimal hat SOS Mitmensch in den letzten Monaten eine Gegenkampagne gegen Asyllügen, die via Kettenmails und via Facebook verbreitet wurden, gestartet. Unter anderem hatte auch FPÖ-Obmann Strache (aus Neonazikreisen stammendes) Anti-Asyl-Propagandamaterial verbreitet und beworben. Doch so plötzlich, wie die rechten Kampagnen auftauchen, verschwinden sie wieder

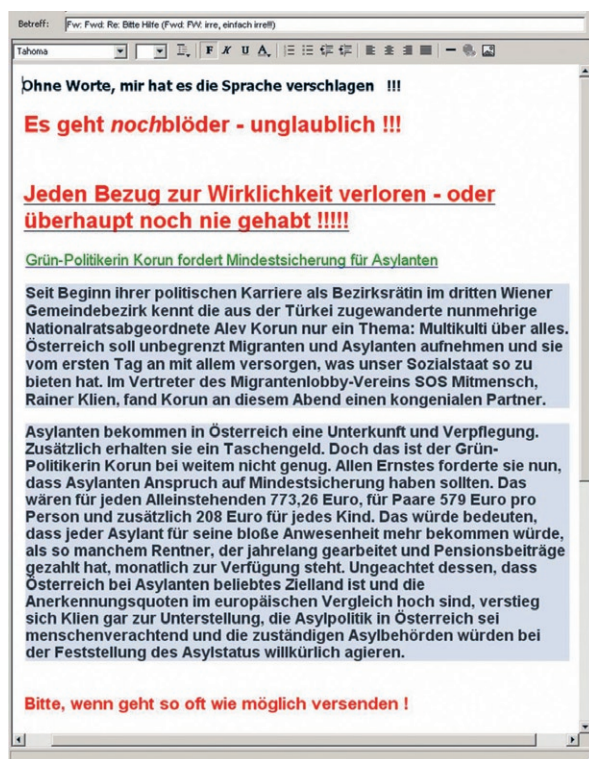
und werden bald darauf von neuen abgelöst.

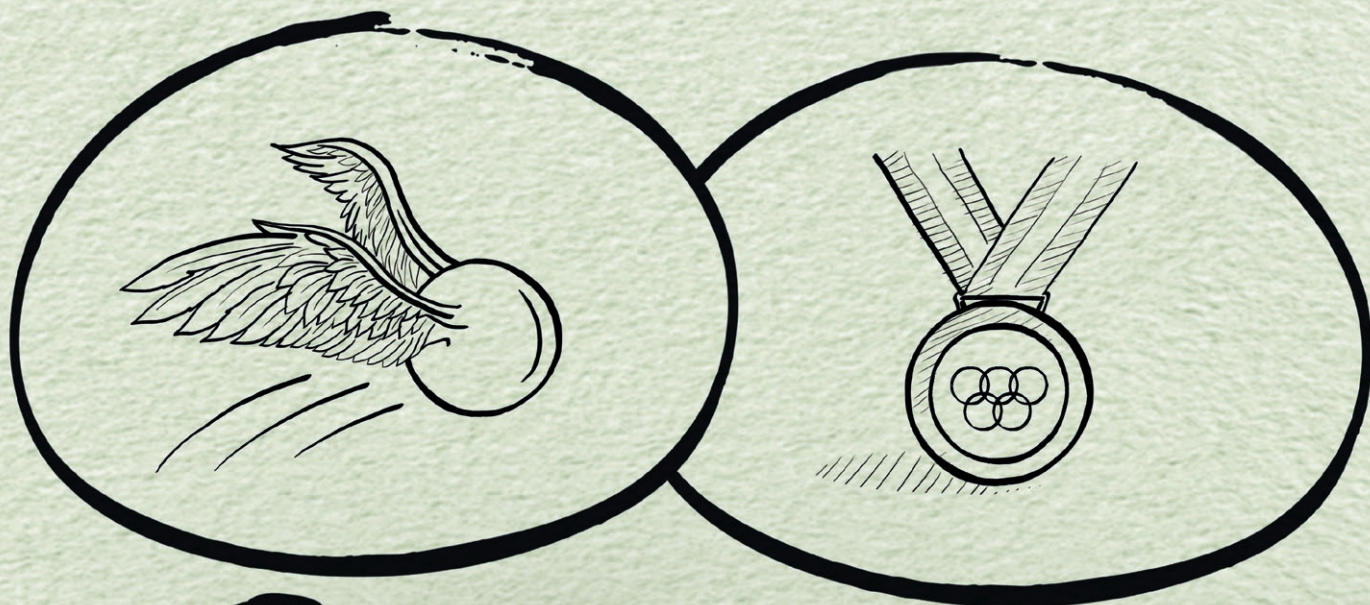
Derzeit kursiert ein Kettenmail, das sich gegen „die Türken“ in Österreich richtet, denen aufgrund ihres „untragbaren“ Verhaltens „endgültig die Freundschaft aufgekündigt wird“. In einem anderen Kettenmail wird behauptet, die Grünen und SOS Mitmensch würden dafür eintreten, dass Asylsuchende mehr Geld als österreichische Pensionistinnen und Pensionisten erhalten sollen.

Diesem Spuk beizukommen ist nicht einfach. Der Kick, absurde Falschmeldungen weiter zu leiten und sich über „überprivilegierte Asylanten“ oder „Gutmenschen, die jeden Bezug zur Wirklichkeit verloren haben“ zu empören, ist oft wesentlich größer, als die Motivation, eine aufklärende Meldung zu verschicken.

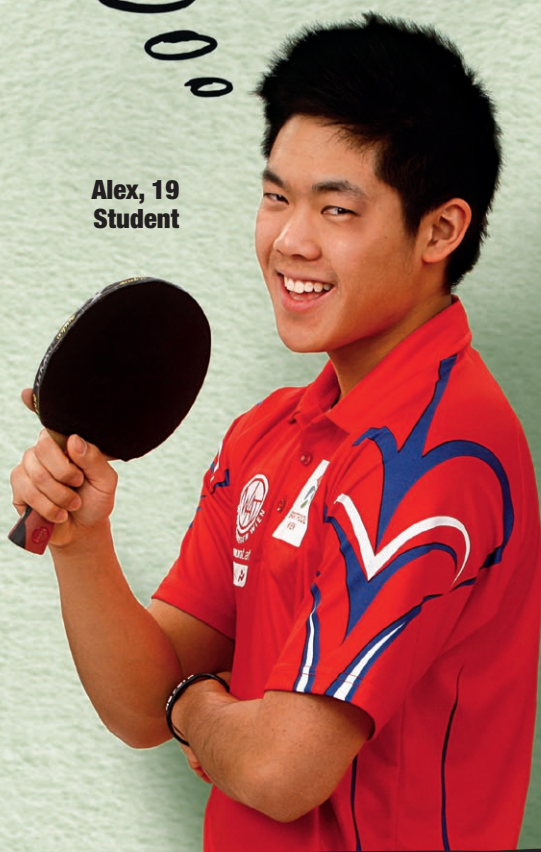
Dennoch gibt es einige Dinge, die wir tun können, um die Erfolgchancen diffamierender Kettenmails zu mindern:

1. Kettenmails sollte grundsätzlich misstraut werden. Je dramatischer die darin enthaltene Meldung ist, desto mehr Skepsis bezüglich deren Wahrheitsgehalt ist angebracht.
2. Im Fall der Fälle bei kompetenten Stellen oder bei den Personen und Organisationen, die „angeschüttet“ werden, nachfragen.
3. Die Massenmedien tragen große Verantwortung: Sie haben es in der Hand, über hetzerische Kettenfalschmails aufzuklären und vorab die Menschen mit jenen Infos zu versorgen, um sie weitgehend immun gegen aufwiegende Desinformation zu machen. Dieser Verantwortung müssen Medien nachkommen.
4. Sobald klar ist, dass eine Falschmeldung verbreitet wird, ist es wichtig, aktiv gegenzusteuern. „Bitte, wenn geht, so oft wie möglich versenden!“, steht am Ende vieler Kettenmails. Bitte, aufklärende Infos so weit als möglich verbreiten. *apo*





Alex, 19
Student



Barbara, 45
Trainerin



Wien. Die Stadt fürs Leben.

Tischtennis spielen ist für Alex das Größte. Für Trainerin Barbara sind seine Medaillen das Größte. Trainiert und gespielt wird in einer der vielen Sportstätten. Das Angebot für alle SportlerInnen in Wien ist abwechslungsreich und vielfältig. Und das auch dank der vielen Menschen, die sich tagtäglich für den Sport engagieren. Das macht Wien für alle Sportbegeisterten zur Stadt fürs Leben.

www.sport.wien.at

Stadt  Wien
Wien ist anders.



SOLIDARITÄT LIMITED

Solidarität stößt an ihre Grenzen, wo das Gefühl entsteht, ausgenutzt zu werden. Welche Spuren die österreichische Politik hinterlassen hat, zeigt sich im Gespräch mit einer Studentin, einem Gastgewerbeassistenten und einem jungen Unternehmer.

Text und Fotos: Hanna Silbermayr

1. Mai, Tag der Arbeit, auch dieses Jahr wieder. Wahrscheinlich ist es *der* Tag im Jahr, an dem die sozialdemokratischen und linken Parteien in ganz Europa die Parole der Solidarität abstauben und auf ihre Fahnen heften. Strahlender Sonnenschein lässt die Menschen ins Freie strömen. Der 87-jährige Pensionist Friedrich P. sitzt auf einer Parkbank in Ottakring und liest Zeitung. Darauf angesprochen, wie er die Politik heute wahrnimmt, wirkt er enttäuscht. Wählen geht er nicht mehr, sagt er. „Das hätte keinen Sinn. Früher hab' ich die Roten gewählt, der Schärf war noch ein echter Sozialdemokrat, der hat die Solidarität noch in den Mittelpunkt gestellt. Aber die Zeiten sind vorbei.“ Nicht nur Herr Friedrich wirkt so, als wäre das Gefühl von Zusammenhalt schon einmal stärker ausgeprägt gewesen. Werte wie Anteilnahme und die Solidarisierung mit anderen scheint aus der Mode gekommen. Wenn man die Menschen auf der Straße fragt, ob es eine Partei gibt, bei der sie ihre Vorstellungen von Solidarität wieder finden, will niemand eine konkrete Antwort geben. Roland, ein ausgebildeter Hotel- und Gastgewerbeassistent glaubt, dass keine der Parteien den Österreichern wirklich gute Dienste leisten würde. „Es gibt immer irgendetwas, das einfach nicht dazupasst“, meint der 29-Jährige über deren Ausrichtung. Bei der SPÖ ortet er Soli-

darität in Fragen der Einbürgerung, „aber sie ist dann wieder nicht solidarisch mit Herrn oder Frau Österreicher.“ – Statistisch gesehen, sind allerdings die Einbürgerungen gegenüber 2005 um 25 Prozent zurückgegangen. Andrea, eine 24-jährige Anthropologin will sich zum Thema Politik gleich gar nicht äußern. Auf Parteien angesprochen erwidert sie nur knapp: „Sag ich nichts dazu.“ Erich hingegen hat eine Meinung. Er ist überzeugt, dass die Parteien unehrlich sind, genau das Gegenteil davon machen, was sie versprechen. „Freunderlwirtschaft und Schiebereien“, fallen dem 38-jährigen Unternehmer als Stichworte spontan ein. Es scheint so, als würde sich noch kaum jemand durch die bestehenden Parteien vertreten fühlen.

Beunruhigende Anzeichen

Die Europäische Wertestudie (EVS), die alle neun Jahre das persönliche Wertempfinden und die Einstellungen gegenüber Mitmenschen befragt, zeigte zuletzt, dass MigrantInnen und Randgruppen in Österreich derart stark abgelehnt werden wie in keinem anderen Land Europas. Was das europäische Team an WissenschaftlerInnen zu Themen wie Politik, Arbeit, Familie oder Migration an Ergebnissen zutage gefördert hat, klingt beunruhigend. Insbesondere das Thema der Zuwanderung, von der oppositionellen Hai-

der-FPÖ politisch aufmunitioniert und während der schwarz-blauen Regierungskoalition in Gesetze gegossen, hat Realitäten geschaffen. Völlig unterschiedliche Begriffe wie Zuwanderung und Asyl werden in Wahrnehmung der BürgerInnen wild vermischt, das Ressentiment scheint oftmals die öffentlichen Debatten zu regieren.

Roland versucht zu differenzieren. „Mit Flüchtlingen sollte man sich auf jeden Fall solidarisch zeigen, die können ja nichts dafür. Wenn sie zum Beispiel politische Flüchtlinge sind, Kriegsflüchtlinge, dann sollte man ihnen zumindest ein besseres Leben geben.“ In diesem Punkt ist sich Roland sicher. Der 29-Jährige arbeitet als Servicemitarbeiter in der Gastronomie. Es scheint, als hätten persönliche Kontakte seine Wahrnehmung geschärft. Er erzählt von einem irakischen Gast, der zwar kein Flüchtling, sondern auf Urlaub in Österreich war. Aber, im Gespräch hätte er schon einen Eindruck davon bekommen, wie die Verhältnisse im Irak so sind. Andrea, die Anthropologie-Studentin, erklärt, dass es für sie keine Länder- und Kulturgrenzen gibt, weshalb sie gegenüber allen Menschen solidarisch sei. Sie findet es interessant und teils nachvollziehbar, warum ÖsterreicherInnen Abneigung gegenüber MigrantInnen hätten. „Angst“ stecke oft dahinter, weshalb es wichtig sei, dass man sich politisch engagiere, um

diese Ängste zu thematisieren. Für Erich ist das alles „eine wahnsinnig schwierige Frage.“ Er zündet sich erstmal eine Zigarette an, nimmt einen Zug und fügt dann hinzu: „Generell sollte man solidarisch sein, sofern es politisch verfolgte Menschen sind und keine, die aus den falschen Gründen diesen Staat in Anspruch nehmen.“ Die falschen Gründe hat er trotz des schwierigen Themas überraschend rasch parat. „Das Problem ist, dass der Ausbildungsstandard der Leute immens niedrig ist, und wir in Österreich für so viele ungebildete Leute nicht genügend Jobs haben. Das ist halt einfach so.“

Dennoch sind sich alle einig: Gegenüber Flüchtlingen soll man sich solidarisch zeigen. Und wenn es zu einer Abschiebung kommt? Soll man dann Solidarität entgegenbringen? „Naja, was hat er denn gemacht, dass er abgeschoben wird?“ Wie vorbereitet sprudeln die Worte aus Roland heraus. „Wenn ich in ein anderes Land gehe, kann ich nicht kriminell werden. Wenn ich in Österreich verfolgt werde und in die Türkei gehe, dann kann ich auch nicht rauben, stehlen, morden und vergewaltigen. Natürlich ist das der logische Menschenverstand, dass ich dort dann rausfliege.“ Ob er denn tatsächlich glaube, dass alle Menschen, die abgeschoben werden, in Österreich straffällig geworden wären? „Was man so in den Nachrichten hört, schon“, erklärt er. „Meine Meinung ist, dass man Menschen, wenn es ihnen schlecht geht, helfen muss. Aber Österreich kann nicht alle aufnehmen, es gibt genug andere Länder. Ist auch klar, das ist ein schönes Land, hier gibt es einen Sozialstaat, aber warum gehen sie nicht nach Tschechien oder Deutschland oder Italien?“ Wie viele Flüchtlinge diese Länder aufnehmen, ist Roland nicht bekannt. Er gibt vor allem eine Stimmung wieder, die sich in Österreich breit gemacht hat.

Ressentiments statt Anteilnahme

Am 20. Dezember, dem internationalen Tag der Solidarität, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass Solidarität die Grundlage zur Lösung globaler Herausforderungen sein müsse, um eine bessere Zukunft für alle zu schaffen. Ob diese Worte bei den Menschen angekommen sind, scheint im Zusammenhang mit Griechenlands Krise fraglich. „Wir sind mit den Griechen ja schon solidarisch, aber irgendwann ist das Maß auch voll, nämlich dann, wenn wir alle nicht mehr können.“ Eine Lösung für das Problem kann Erich nicht vorschlagen. Andrea



Roland, 29, ortet Kriminalität als Grund aller Abschiebungen.

ist der Meinung, dass man nicht alle in einen Topf werfen kann. „Ich glaube, es gibt unzählige Griechen, die genauso wie viele Österreicher dieselben Ziele und Werte im Leben verfolgen, und der einzelne nicht schuld an der Krise ist. Es gibt sicher welche, die das System viel zu lange ausgenutzt und viele andere mit hinuntergezogen haben. Mit dem Großteil der griechischen Bevölkerung habe

**„ICH BIN DAFÜR,
DIE GRIECHEN
AUS DER EU
ZU SCHMEISSEN.“**

ich auf alle Fälle ein solidarisches Gefühl.“ Dubiose Bankgeschäfte und Hochrisiko-Spekulationen an Börsen scheinen als Verursacher der Finanzkrise vergessen. Während dort längst wieder Alltag herrscht, scheint es den konservativen Kräften gelungen zu sein, die Spardiskussion weg von den großen Unternehmen ganz beim Sozialstaat zu verankern. Und bei denen, „die das System viel zu lange ausgenutzt haben.“ Von der theoretisch erklärten Solidarität bleibt, wenig überraschend, nichts, wenn es darum geht, andere auszuschließen. „Ich bin dafür, die Griechen aus der EU zu schmeißen“, macht Roland seinen Gefühlen Luft. „Da geht es um sehr viel Geld und wir haben schon ge-



Erich, 38: „SPÖ ist nicht solidarisch mit Herrn und Frau Österreicher.“

nug Geld hineingesteckt, aber es ändert sich nichts.“ Mit den Menschen könne man sich schon solidarisch zeigen, vielleicht auch auf Urlaub nach Griechenland fahren, um die Wirtschaft anzukurbeln. Aber Geld? Nein, das solle man der Regierung nicht mehr geben, weil diese sowieso mache, was sie wolle, ist er überzeugt. „Die Frage ist, was uns weiter nach unten zieht, eine EU mit oder ohne Griechenland“, fragt Erich rhetorisch und legt nahe, dass es „ohne“ sie doch besser sei. „Ich weiß nicht, ob Solidarität hier etwas bringt, es hat sich ja gezeigt, dass uns keine Demonstration weitergebracht hat. Alle haben sich aufgeregt, die Politiker haben irgendetwas erzählt, und genau das Gegenteil ist eingetreten.“ Andrea glaubt, dass das Problem viel tiefer liegt. „Es bringt nichts, Griechenland mit Geldern zu unterstützen, solange sich das Verhalten einzelner nicht ändert und die Korruption, die eigentlich die Wurzel des Problems ist, nicht aufhört.“ Dass europäische Banken mit Krediten zu Höchstzinsen gute Geschäfte machen, scheint kaum jemandem bewusst zu sein. Schnell ist man erneut bei denen, die andere ausnützen würden. Roland erzählt von vielen Arbeitslosen, „die einfach nicht arbeiten gehen wollen und Sozialschmarotzer sind.“ Wiewohl Roland mit seiner Arbeit zufrieden scheint, lässt seine Wortwahl seine persönliche Verbitterung nicht überhören. Besonders mit Lang-

„ICH ÄRGERE MICH MITUNTER ÜBER SOZIALSCHMAROTZER, ALSO AUCH ÜBER DICH.“

zeitarbeitslosen möchte er nicht solidarisch sein, im Gegensatz zu jenen, „die ihren Job verloren haben und aber schon auf der Suche nach einem neuen sind.“ Auch wenn unter Langzeitarbeitslosen praktisch keine jungen Menschen zu finden sind, schiebt Roland die Verantwortung auf die individuelle Ebene. Währenddessen zerbrechen sich ExpertInnen im Auftrag der Regierung den Kopf, wie man die Wirtschaft dazu bringen kann, auch ältere Menschen wieder anzustellen. Solidarität bedeutet für Roland, sich dem Arbeitgeber gegenüber loyal zu verhalten. „Wenn einer meiner Freunde arbeitslos ist, dann kann man sich solidarisch zeigen, indem man ihm hilft, den Mut nicht zu verlieren, bis er wieder Arbeit findet. Aber mit Langzeitarbeitslosen will ich nicht solidarisch sein, unser Sozialsystem ist nicht dafür gemacht, es auszunützen.“

Entzweite Gesellschaft

Erich sitzt mit einem Freund im Park. Thomas will lieber anonym bleiben, sich auch nicht fotografieren lassen. Als das Thema Arbeitslose aufkommt, wird die Diskussion zwischen den beiden emotional, der Tonfall härter. „Ich ärgere mich mitunter über Sozialschmarotzer, also auch über dich“, wirft Erich seinem Freund an den Kopf. Thomas erklärt, dass er die Hälfte seines Lebens bewusst arbeitslos gemeldet war, weil er sich dem herrschenden System nicht unterordnen wolle. Auch Erich war eine zeitlang arbeitslos, doch dann hat er eine neuerliche Ausbildung absolviert und sich schließlich selbstständig gemacht. „Man wechselt seine Ansichten, ich stehe jetzt auf der anderen Seite. Ich arbeite, zahle Steuern und Abgaben und sehe andererseits Menschen, die arbeitslos sind und nicht machen müssen, was ich mache. Das ist in gewisser Weise auch Eifersucht, ich wäre auch gerne so, würde gerne weniger arbeiten müssen, um gleich viel Geld zu haben. Ich darf mich zu Recht ärgern, wenn ich arbeite, um andere Menschen durchzufüttern.“ Ob das Sozialsystem nicht auch Solidarität impliziere? „Naja, ich habe überhaupt kein Problem damit, jemanden zu erhalten, der nicht arbeiten kann, aber wenn jemand arbeiten kann und es nur nicht

macht, weil er nicht will, wieso soll ich mich mit diesen Menschen solidarisch erklären?“ Für Andrea liegt die Grenze der Solidarität in den Ursachen der Arbeitslosigkeit begründet. „Jeder Mensch hat Fähigkeiten und Kompetenzen, die im Arbeitsleben eingebracht werden können. Man muss versuchen zu verstehen, warum jemand arbeitslos ist. Ich würde mich nicht mit der Person als Arbeitslose identifizieren, sondern versuchen zu sehen, wo ihre Kompetenzen liegen“, erklärt sie. In den wenigsten Fällen wären Menschen aus Eigenverschulden arbeitslos. „Man muss den Menschen – und so weit geht hier meine Solidarität – die Chance geben, ihre Fähigkeiten einzusetzen. Wenn er diese Möglichkeit nicht nutzt, dann ist vielleicht die Grenze der Solidarität erreicht.“

Die Welt, so mag man meinen, wenn man mit den Menschen spricht, wäre vom Rückzug ins Private und einer Entsolidarisierung der Gesellschaften geprägt. Zwar wird Solidarität im privaten Umfeld und der näheren Umgebung gelebt, doch scheint es, als wäre die ursprüngliche Idee von Solidarität nicht mehr so recht greifbar. „Es geht im Grunde darum, dass man in einem Boot sitzt und Verständnis für die Situation des Anderen hat. Mit Menschen, die man kennt, ist man natürlich eher solidarisch als mit solchen, die man nicht kennt“, meint Erich. Um sich solidarisch mit jemandem zeigen zu können, werden oftmals Gegenleistungen verlangt, und je komplexer die Situation sei, umso eher verkrieche man sich in der eigenen Welt. Die Gespräche legen aber auch nahe, dass mit der politischen Rhetorik von Leistung, die unsere schöne Welt wieder zusammenhalten würde, auch die Anteilnahme und Empathie für andere ge-

ringer wird. Wo die politische Landschaft die Forderungen und Eigeninteressen der Ökonomie abfedern sollten, lassen sie die Leute, so deren Empfinden, zunehmend im Regen stehen. Während der alte Friedrich der Politik als enttäuschter Sozialdemokrat den Rücken gekehrt hat, weiß die Jugend nicht mehr, was Solidarität eigentlich bedeutet. Nur zögerlich wagen sie Definitionen. Es habe mit Toleranz zu tun, mit Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Und irgendwie auch mit Verantwortung und Macht. Die Grenzen zwischen Anfang und Ende der Solidarität verschwimmen. Roland ist sich nicht sicher, wo diese liegen. „Ich bin auf alle Fälle anderen Menschen gegenüber solidarisch, aber nicht mit jedem. Ich glaube, für jeden Menschen liegen die Grenzen woanders. Bei manchen hört sie schon an der Haustüre auf.“ Ein immer stärker propagierter Individualismus hätte die Welt auseinander dividiert, glaubt Thomas. Doch es ist die Gemeinschaft, die Solidarität ausmacht: das kollektive Handeln, auch wenn man als Individuum nicht oder nur indirekt davon profitiert.



Kathi Henz / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre.... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

Brillen.manufaktur [®]

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

ES IST ZEIT, EINE NEUE POLITIK ZU FORMULIEREN

Der Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer sieht die Finanzkrise noch lange nicht überwunden und prognostiziert eine Entsolidarisierung der Gesellschaft. Er fordert eine neue Lohn- und Verteilungspolitik nach dem Vorbild Skandinaviens.

Interview: Gunnar Landsgeßell

Fotos: Karin Wasner

Sie sind in Schweden geboren, haben Sie noch Kontakt dorthin?

Ja, viel. Ich habe meine Diplomarbeit über Budgetkonsolidierung in Schweden geschrieben, habe viele Freunde dort, habe letzten Sommer sechs Wochen in Schweden mit meiner Familie verbracht.

Würden Sie sagen, die schwedische Gesellschaft ist solidarischer und sozial gerechter organisiert als die österreichische?

Paradiese gibt es nicht, aber in Relation zu Österreich sind die skandinavischen Gesellschaften sicherlich solidarischer organisiert. Das lässt sich an einigen Punkten feststellen. Etwa zwischen Frauen und Männern: Die Einkommensunterschiede sind geringer, das Beschäftigungsausmaß und die Anerkennung ausgeglichener verteilt. Was die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen betrifft, ist man dort weiter als bei uns. Auch die Chancengleichheit von Kindern unterer sozialer Schichten ist deutlich stärker ausgeprägt. Das zeigen auch Studien: In Skandinavien besteht die geringste Korrelation zwischen dem Einkommen der Eltern und dem der Kinder, die höchste unter den Industrieländern haben übrigens die USA. Das heißt, dass in Skandinavien Kindern aus Einwandererfamilien der soziale Auf-

stieg wesentlich einfacher gestaltet wird als in Österreich.

Womit hat das zu tun?

Das hat damit zu tun, wie der Sozialstaat organisiert ist, wie auf soziale Dienstleistungen gesetzt wird. Ein Beispiel ist die Kinderbetreuung: Die Vollversorgung inklusive dem Angebot von Krippen bedeutet, dass jene Kinder, die zu Hause vielleicht eine geringere Förderung von kognitiven, sozialen Fähigkeiten erhielten, davon besonders profitieren. Das hilft ihnen auch im Leben als Erwachsene. Damit wird Frauen zugleich ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinen, Männer denken daran oft gar nicht. Das hilft wiederum, die Gesellschaft gleicher zu gestalten und erklärt auch, warum die Sozial- und Gesundheitsindikatoren in Skandinavien viel besser sind als bei uns.

Wie sieht es in Fragen der Vermögensverteilung in Schweden aus?

Die Einkommen sind aufgrund des Sozialstaates gleicher verteilt, die Vermögen aber nicht. Das hängt damit zusammen, dass die Kapitalkonzentration im Unternehmenskapital immer relativ hoch war, dort gab es auch keinen Krieg, in dem der Kapitalstock zerstört wurde. Es gab immer große erfolgreiche Firmen in privater Hand.

Der Untertitel Ihres Buches „Zahlen bitte“ lautet: Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wie sehen diese Kosten aus?

Ich glaube, dass die Finanzkrise, die wir noch lange nicht überwunden haben, zu einer zunehmenden Ungleichheit führen wird. Vor allem deshalb, weil erstens die Arbeitslosigkeit merkbar gestiegen ist, wir verzeichnen einen Anstieg von 50.000 Arbeitslosen. Und zweitens, weil die Staatsschulden durch die Krise gestiegen sind. Das bedeutet, dass das Budget konsolidiert werden muss. Nachdem aber drei Viertel des Budgets aus Sozialem, Gesundheit und Bildung besteht, ist die Gefahr groß, dass es hier zu einem Abbau von Leistungen kommt. Gerade dieser Bereich ist aber für die Umverteilung relevant, die Möglichkeiten des Wohlfahrtsstaates, sozial zu regulieren, werden durch die Staatsschulden also beschnitten. Immerhin ist diese Tendenz in Österreich weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. In Spanien, Portugal und Griechenland wird der Sozialstaat im Moment zerstört.

Die steigende soziale Ungleichheit ist trotz der Krise eine Verteilungsfrage. Was unternimmt die Politik?

Dieses Anwachsen hat sicherlich auch damit zu tun, dass es der Politik nicht gelingt, die Frage der Vermögensbesteuerung nicht nur



Dass der Sozialstaat den „kleinen Leuten“ mehr Chancengleichheit verschafft, sehen einige nicht gerne. Die aktuelle Schuldenkrise wird von konservativer Seite als Chance gesehen, den Sozialstaat zu verkleinern.

zu diskutieren, sondern auch umzusetzen. Es gab immerhin kleine Schritte: Vermögenseinkommen werden seit 2010 erstmals stärker besteuert. Bislang hatten wir das Phänomen, dass realisierte Wertzuwächse bei Aktien oder Immobilien überhaupt nicht besteuert wurden. Die notwendige Besteuerung von Vermögensbeständen ist in Österreich aber nicht gelungen. Hinsichtlich des Anteils der Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen sind wir mit Tschechien Schlusslicht unter den Industrieländern. Aus meiner Sicht läge hier aber die zentrale Determinante für eine gerechte Verteilung.

Es wirkt so, als würde der Staat seine Möglichkeit, für sozialen Ausgleich zu sorgen, verlieren oder gar verspielen. Warum?

Man muss sich ansehen, aus welchen finanziellen Mitteln der Staat diese Aufgabe bewerkstelligt. Dadurch, dass die Privathushalte so lange, nämlich seit 1945, Vermögen akkumuliert haben, verfügen sie jetzt über enorm hohe Vermögensbestände, und zwar 1.300 Milliarden Euro. Das ist sieben Mal so viel wie Österreichs Staatsschulden betragen. Diese Vermögensbestände sind aber so ungleich verteilt, dass das oberste Zehntel davon 60 Prozent besitzt. Wenn die Vermögen rascher wachsen als die Arbeitseinkommen, wie es in den vergangenen 20 Jahren der Fall war, dann bedeutet das, dass einerseits die Einkommensverteilung immer ungleicher wird, und andererseits die Möglichkeiten des Staates, umzuverteilen, immer kleiner werden. Das liegt vor allem daran, dass der Sozialstaat sich aus den Arbeitseinkommen finanziert. Deshalb meine These: Die Vermögensverteilung determiniert zunehmend die Verteilungsentwicklung in diesem Land.

Das klingt überzeugend, hört die Politik nicht auf die Experten?

Ich glaube, man hat sich zu lange dem Thema verweigert. Dahinter steht natürlich auch die Frage der Macht. Wenn es um die Vermögensverteilung geht, dann geht es ans Eingemachte. Als Ökonom würde ich aber grundsätzlich sagen, dass die Politik zu wenig berücksichtigt, wie sehr die wirtschaftliche Liberalisierung zu Machtverschiebungen geführt hat. Und dass man in Marktwirtschaften immer aktiv Umverteilungspolitik betreiben muss, um zu verhindern, dass der Trend in die falsche Richtung führt.

Wie können die nationalen Regierungen und Brüssel das verhindern?

Sie müssen die Finanzmärkte regulieren und verkleinern. Diese Märkte sind die Ursache

der Ungleichheit, die etwa in den USA regelrecht explodiert ist. Der zweite Punkt ist eine aktive Beschäftigungspolitik: Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wirkt sich das unmittelbar auf die Einkommensverteilung aus. Wir brauchen das Ziel der Vollbeschäftigung. Drittens den Sozialstaat verteidigen und ausbauen, er gerät in ganz Europa unter Druck. Seine Verteilungswirkung muss verbessert werden, insbesondere, wie in Skandinavien, im Bereich der sozialen Dienstleistungen, also der Kinderbetreuung oder der Pflege.

Sie beschreiben den Sozialstaat als eine der wenigen stabilisierenden Kräfte in der Krise. Das klingt mutig in Zeiten, in denen nicht wenige Menschen Forderungen nach dem Abbau sozialer Leistungen geradezu nachbeten.

Man muss nicht mutig sein, nur die Fakten beim Namen nennen. Ich glaube aber, die Politik sollte mutiger sein. Es gibt schlicht Gegner des Sozialstaates, die sich gegen eine gerechtere Verteilung stellen. Dass der Sozialstaat den „kleinen Leuten“ mehr Chancengleichheit verschafft sehen einige nicht gerne. Die aktuelle Schuldenkrise wird von konservativer Seite als Chance gesehen, den Sozialstaat zu verkleinern. Da geht es um politische Interessen. Deshalb werden auch die Kosten des Sozialstaates so in den Mittelpunkt gestellt. Man hat ja den Eindruck, es würden nur Kosten produziert: für die Unternehmen, für das Haushaltsbudget, eine einzige Belastung. Das Gegenteil ist der Fall: Wir würden viel schlechter dastehen ohne den Sozialstaat. Er sorgt auch für eine Erwartungsstabilisierung der Menschen, sie haben das Gefühl, sich ihn verlassen zu können. Der Sozialstaat hat sich auch gegenüber allen privaten Absicherungsformen als überlegen erwiesen.

Muss der Sozialstaat verteidigt werden?

Ja. Wenn Sie sich die Pensionisten in London oder auch bei uns ansehen, die betriebliche Pensionen beziehen, die also auf die Kapitaldeckung vertraut haben. – Sie erleben massive Einbrüche ihrer Pensionen, in der Spitze 40 bis 45 Prozent. Das staatliche Pensionsystem hatte keine Verluste, auch hier zeigt sich eine deutliche Überlegenheit des Sozialstaates. Es spricht also viel für dessen Verteidigung und dessen Verbesserung. Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, verlautbarte kürzlich, das europäische Sozialstaatsmodell habe ausgedient. Ich habe den Aufschrei aus der österreichischen Politik vermisst. Noch dazu, wo diese Wortmeldung von jemandem kommt, der lange Zeit seines Berufslebens im Finanzsystem verbracht hat.



ich würde mir also eine mutigere Politik wünschen. Der Sozialstaat ist aber keine Selbstverständlichkeit, wie man in Spanien sieht, es gilt, stärker und vehementer aufzutreten.

Wäre das unpopulär?

Das glaube ich nicht. Wenn der österreichische Bundeskanzler in Europa aufsteht und sagt: Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass in Spanien 51 Prozent der Jugendlichen arbeitslos sind, weil das zu viel für die Gesellschaft und zu viel für Europa ist, dann würde er enorm an sozialem Profil gewinnen.

Vielleicht heißt es dann, was kümmert uns Spanien. Bräuchte es nicht eine Art europäischen Solidaritätsgedanken?

Eine europäische Solidarität müsste sicherlich herausgebildet werden. Wir lassen uns zuviel vormachen, dass das Match Österreich gegen Griechenland oder Deutschland gegen Italien heißt. Aber das Match heißt eigentlich, wenn man es pathetisch formuliert, Finanzmärkte und Vermögende gegen jene Leute, die einen Sozialstaat aufgebaut haben, egal ob in Stockholm oder Athen. Erst dieses soziale System integriert die Menschen und lässt sie zur Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen. 80 Prozent der Leute in Österreich fühlen sich zu recht als zur Mittelschicht zugehörig.



Marterbauer: „Das Match heißt nicht Österreich gegen Griechenland, sondern Finanzmärkte und Vermögende gegen jene Leute, die einen Sozialstaat aufgebaut haben.“

Welche Rolle spielen MigrantInnen in dieser sozialstaatlich organisierten Gesellschaft?

Solange wir Vollbeschäftigung hatten und die Leute gebraucht haben, wurde die Situation nicht problematisiert. Der große Fehler der Politik war aber, Migranten so zu definieren, dass sie die Spitzen bei Arbeitskräftemangel abdecken. Diese temporäre Sichtweise blieb uns lange erhalten. Das war völlig falsch und wirkte gegen eine Integration. Entscheidend ist aber, wie sehr sie sich hier zu Hause fühlen können, wie sehr sie in das sozialstaatliche System und das gesellschaftliche Leben integriert werden. Heute erkennt man die Ergebnisse dieser Politik. Gerade unter den arbeitsgefährdeten Menschen ist der MigrantInnenanteil relativ hoch. Dazu trägt auch die mangelnde Integrationsfähigkeit des Bildungssystems bei.

Der Begriff Integration wirkt, nicht zuletzt durch seinen politischen Gebrauch, oftmals nebulos. Woran denken Sie bei Integration?

An ein Modell wie in Skandinavien: Alle haben die gleichen Rechte und Pflichten, der Sozialstaat steht für alle offen und wir müssen uns bemühen, den Kindern aus unteren sozialen Schichten, egal ob das Einkommens-

oder herkunftsmäßig definiert wird, die gleichen Chancen eröffnen. Das wäre für mich eine Gesellschaft, die integrativ wirkt.

Zum vorhin erwähnten Stichwort der Vollbeschäftigung. Wie könnte ein gesamtgesellschaftlich integrativer Arbeitsmarkt aussehen? Wäre dafür nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit nötig?

Sicherlich. Aus Umfragen zu schließen hat ein Großteil der Menschen das Bedürfnis, 30 bis 32 Stunden zu arbeiten. Im Vergleich dazu arbeiten Männer derzeit deutlich mehr, Frauen deutlich weniger. Das bedeutet für mich, dass man sich für Männer Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit überlegen kann. Für Frauen kann sie aber steigen, statt 15 Stunden Teilzeit könnten sie auch 30 Stunden arbeiten. Eine Adaption würde also nicht für alle eine Verkürzung bedeuten. Dazu muss man natürlich Konzepte rund um Beruf, Familie, Weiterbildung entwickeln. Temporäre Arbeitszeitverkürzungen wären ein Stichwort.

Falls weniger Arbeitszeit auch weniger Einkommen bedeutet, könnte das finanziell für manche knapp werden. Wie sähe ein Ausgleich aus?

Das ist eine Frage der Lohn- und Verteilungspolitik. Skandinavien, aber auch Belgi-

ZUR PERSON

Markus Marterbauer

Markus Marterbauer, 1965 geboren, ist seit Anfang des Jahres Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien. Zuvor hatte er 17 Jahre lang als Verantwortlicher für Konjunkturprognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen am Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) gearbeitet. Seine jüngste Publikation „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ erschien im Deuticke Verlag.

en oder Frankreich haben vorgezeigt, dass es hier Lösungen gibt. Man muss Arbeitszeitverkürzungen über Kollektivverträge regeln, das lässt sich gestalten. Länder, die hinsichtlich der Vereinbarkeit mehr verändert haben, haben zum Beispiel das Recht auf eine Auszeit definiert, so wie in Dänemark. Die Bildungskarenz wird dort durch Ausgleichszahlungen des Staates begleitet, wobei das Arbeitslosengeld dort viel höher ist als bei uns und bei 80 bis 90 Prozent liegt.

Noch scheinen aber Spardruck und Krisenmanagement Ziele der Vollbeschäftigung abgelöst zu haben. Wer glauben Sie, könnte dafür sorgen, dass eine soziale, im weitesten Sinn solidarische Ausrichtung der Politik nicht vergessen wird?

Es lässt sich mehrfach beobachten, wie sich die Zivilgesellschaft formiert – von der Occupy-Bewegung an der Wallstreet bis zu den Demonstrationen der Jugendlichen in Madrid oder Athen. Ich sehe mehrfache Kräfte, die einen Wandel auslösen können, die Bürger selbst, auch die Gewerkschaften und auch die Wahlen der politischen Repräsentanten. In Frankreich wurde eben ein Wechsel vollzogen, es liegt nun an den sozialdemokratischen Parteichefs, Hollande anzurufen und eine neue Politik zu formulieren. Die Möglichkeit für eine andere Gesellschaft ist vorhanden.



Markus Marterbauer
Zahlen bitte!
Deuticke Verlag
256 Seiten, 18,40 Euro



DIE ANKURBELUNG DER SOLIDARITÄT



Die direkten Formen von Anteilnahme und Unterstützung nehmen in Gesellschaften ab, in denen Leistung und Verantwortung individualisiert werden. Ist Solidarität out?

Text: Ulrich Brand

Illustration: Eva Vasari

Geht es um Solidarität, so sind zunächst zwei Dimensionen zu unterscheiden. Solidarität bezeichnet im Nah- und Fernverhältnis die Verbundenheit mit anderen Menschen oder gar „Völkern“. Letztere im Sinne der in anderen Ländern um Befreiung kämpfenden Menschen (Stichwort: internationale Solidarität). Dafür sind Empathie und gemeinsame Werte, mitunter auch Interessen wichtig. Sie drückt eine wichtige Haltung aus, die mit mehr oder weniger großer Verbindlichkeit im Handeln einhergeht.

Eine andere Form der Solidarität sind jene institutionalisierten Formen, die gegenseitige Unterstützung und sozialen Ausgleich in gewisser Weise über Regeln erzwingen. Dabei ist natürlich an den Sozialstaat zu denken, wir könnten aber auch eine lebenswerte Umwelt oder die institutionalisierten Regeln der Geschlechtergerechtigkeit denken. Die sind auch Ausdruck historischer sozialer Auseinandersetzungen, werden möglicherweise in

Regeln und Institutionen gegossen. Es würde ja kaum jemand freiwillig so viele Steuern und Sozialabgaben bezahlen, die gleichwohl für unser Zusammenleben wichtig sind.

Auch eine bewusste, auf solidarischen Ausgleich setzende internationale Politik könnte Solidarität zugunsten der Schwächeren schaffen. Das ist die Grundidee der Entwicklungspolitik. Das müsste wahrscheinlich in Zeiten der Globalisierung weitergehen: Solidarität durch gezielte Regulierungen des Weltmarktes, damit die ökonomisch Mächtigen nicht einseitig ihre Interessen durchsetzen können, beispielsweise über eine Finanztransaktionssteuer. Beide Formen der Solidarität geraten seit einigen Jahrzehnten unter Druck, der sich in der aktuellen Krise verschärft.

Unser Gesellschaftsmodell unterminiert Solidarität

Die direkten Formen von Anteilnahme und Unterstützung nehmen in Gesellschaften ab, in denen Leistung und Verantwortung individualisiert werden. Dazu kommt: Das Solidarische und Kollektive – insbesondere die Unterstützung in und durch die Familie, aber auch durch andere – bleibt oft unsichtbar, wird als „Hausarbeit“ abgewertet im Vergleich zur heroischen und individuellen Karriere in der Erwerbsarbeit. Auf der internationalen Ebene sind es nicht mehr Kuba oder Nicaragua, denen internationale Solidarität versichert wird, und die sich gebebe-

nenfalls über Projekte oder den Verzehr von Soli-Kaffee materialisiert. Es ist heute China, der globale Konkurrent um Investitionen und Macht, dessen Produkte dennoch wohlfeil konsumiert werden. An Solidarität denkt dabei niemand.

Auch die institutionalisierten Formen der Solidarität, insbesondere der Sozialstaat, werden mehr und mehr geschliffen. Eine zentrale Ursache liegt in den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 30 Jahre. Aus der Krise der 1970er Jahre heraus wurde ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell vorangetrieben, das die historisch erkämpfte und institutionalisierte Solidargemeinschaft unterminierte.

Das unhinterfragbare Diktum der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat sich durchgesetzt – und auch auf den Staat übertragen. Der Politikwissenschaftler Joachim Hirsch prägte dafür den Begriff des „nationalen Wettbewerbsstaates“. Damit werden innerhalb der Länder, aber auch international die unterschiedlichen Formen der Solidarität abgewertet – sie müssen gleichsam durch das Nadelöhr der Frage: Was hat sie zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen? Die Antwort lautet meist: wenig. Nicht mehr gesellschaftliche oder internationale Solidarität, sondern die Solidarität der Reichen und Vermögensbesitzer wird zentral.

Wettbewerb statt Solidarität

Die Menschen werden darauf getrimmt, dass sie selbst, ihre Firmen und ihre Standorte wettbewerbsfähig sind. Doch das geht strukturell zu Lasten anderer, der weniger wettbewerbsfähigen. Ein Beispiel dafür ist die griechische Wirtschaft, die sich unter den Bedingungen des brachialen Wettbewerbs kaum erholen kann.

Das hat Auswirkungen darauf, wie (globale) gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte gesehen werden. Der italienische Sozialwissenschaftler Marco Revelli argumentiert, dass einer der größten Erfolge neoliberalen Denkens und damit verbundener Politiken sei, die „horizontale Konfliktachse“ zu stärken, nämlich jene zwischen verschiedenen (Produktionsstand-)Orten. Damit wurde – durchaus im Interesse der politisch und ökonomisch Mächtigen – die innergesellschaftliche „vertikale“ Konfliktachse weniger sichtbar gemacht.

Zugespitzt ausgedrückt bedeutet das: Das

Problem der Menschen und der Politik soll die (horizontale) Konkurrenz mit China sein, nicht der (vertikale) innergesellschaftliche Konflikt um die Verteilung von Vermögen, Einkommen, sozialstaatliche Leistungen oder andere Achsen der Gerechtigkeit. Es entstanden die berühmten Sachzwänge. Die gibt es ja zum Teil wirklich, sie haben für verschiedene Gesellschaftsmitglieder allerdings unterschiedliche Auswirkungen.

NICHT MEHR GESELLSCHAFTLICHE ODER INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, SONDERN DIE SOLIDARITÄT DER REICHEN UND VERMÖGENSBESITZER WIRD ZENTRAL.

In den Zeiten der Krise wird es dann ungemütlich. Die Bankenkrise wurden von den Vermögensbesitzern erfolgreich in eine Staatsschuldenkrise umgewandelt, um ihre eigenen Vermögen und damit ihre gesellschaftliche Stellung zu halten. Die Verluste und Risiken werden, wie so oft in der Geschichte, sozialisiert. Jedwede Politik scheint in Zeiten der Krise unter dem Diktum der Austerität für die breiten Bevölkerungsschichten zu stehen: Abbau öffentlicher Dienstleistungen, höhere Mehrwertsteuersätze, geringere Löhne und Kündigungsschutz, späterer Renteneintritt.

Solidarität in Europa

Die Entwicklung der Europäischen Union hatte nie eine starke sozialpolitische Seite – allen guten Worten des ehemaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors von den sozialen Dimensionen Europas zum Trotz. Die politische Kooperation in vielen Bereichen war immer überlagert vom Wettbewerb der nationalen Standorte. Und auch die Lisbon-Agenda von 2000 und der spätere gleichnamige Vertrag mit dem Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zu machen, änderte darin nichts. Auch die europäische Politik wurde zu einer Art Wettbewerbsstaat formiert.

Auffälliges Merkmal der aktuellen europäischen Krise ist die weitgehende Abwesenheit von Solidarität und Empathie. Das wird befeuert vom Boulevard, der die „faulen Griechen“ für die dortige Krise verantwortlich

macht. Es ist eine Finte der herrschenden politischen und ökonomischen Kräfte, damit nicht sie selbst und die Vermögenden in ganz Europa in die Pflicht genommen werden. Es ist aber mehr: Solidarität in Europa kommt auch wenig aus der Bevölkerung. Vielleicht wird sie in der aktuellen Krise und in Auseinandersetzungen gegen das autoritäre Europa und seine nationalen Regierungen erlernt.

Die jüngsten Wahlen in Griechenland zeigen zumindest auf nationalstaatlicher Ebene, dass viele Menschen sich die Politik der Europäischen Union nicht gefallen lassen. Und auch in Frankreich könnte sich eine Wende ankündigen. Ob das Patentmittel die Ankurbelung von Wirtschaftswachstum ist, sei dahingestellt. Die Regierungen werden auf demokratische Anliegen jedenfalls erst reagieren, wenn offener Widerspruch und sozialer Protest formuliert werden.

Der Begriff der Solidarität wird dann wieder eine Rolle spielen, wenn die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen einhergehen. Das kann aber mit der einseitigen Fixierung auf Wirtschaftswachstum nicht erreicht werden. Andere Dimensionen von Wohlstand und gutem Leben müssen hinzukommen.

Gewerkschaften bewegen sich

Eine wichtige Rolle spielen hier die Gewerkschaften und ArbeiterInnenkammern. Sie müssten für sich selbst und gesellschaftlich eine Perspektive stärken, der zufolge es nicht nur darum geht, dass die Belegschaften mehr im Geldbörstel haben, so wichtig und legitim eine Umverteilung der Primäreinkommen auch ist. Die Gewerkschaften müssten darüber hinaus die Wahrnehmungen und Kämpfe entlang der „horizontalen“ Konfliktachse problematisieren – den Standortwettbewerb um jeden Preis und die damit verbundenen Implikationen für gesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Denn mit der Drohung von Abwanderung in „billigere Länder“ (welch ein Begriff!) ist die Unternehmens- und Kapitalseite immer stärker. Sie müssten dazu beitragen, dass die wichtigen europäischen und innergesellschaftlichen Fragen demokratisch angegangen werden. Nicht autoritär, wie es sich derzeit entwickelt.

In den Gewerkschaften scheint sich einiges zu bewegen. In der aktuellen Krise werden



Solidarität ist und bleibt Bestandteil politischer Mobilisierungen, gegen die Zumutungen des neoliberalen Kapitalismus.

SOLIDARITÄT WIRD SICH DANN EINSTELLEN, WENN MENSCHEN IM ALLTAG WIEDER DIE ERFAHRUNG MACHEN, DASS GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG SINN MACHT.

Verteilungsfragen mit Fragen von Macht und Vermögen wieder stärker zusammengebracht. Wenn das mit anderen Dimensionen der Gerechtigkeit verbunden wird – Geschlechtergerechtigkeit ökologische Gerechtigkeit, solidarische Mobilität – dann können Formen der Solidarität auf der Höhe der Zeit entstehen.

Solidarität in Europa und darüber hinaus wird sich dann einstellen, wenn Menschen im Alltag wieder die Erfahrung machen, dass Verbundenheit, gegenseitige Unterstützung und das Eintreten für gemeinsame, solidarische Werte Sinn machen. Es geht aber auch um solidarische Erfahrungen im Wirtschaftsleben, in der Öffentlichkeit. Die Verteidigung der Gemeingüter gegen ihre private Aneignung und mögliche Zerstörung hat etwas mit Solidarität, mit dem Gemeinsamen, mit gesellschaftlichen Werten von lebenswertem Leben zu tun. Neue Ansätze in der Verkehrspolitik werden etwa unter dem Begriff der solidarischen Mobilität gefasst. Dies muss von der Politik durch Regeln und von Firmen durch unternehmenspolitische

Entscheidungen – und insbesondere am Arbeitsplatz – gefördert werden. Das ist derzeit schwierig, denn der Konkurrenzimperialismus dominiert allerorten.

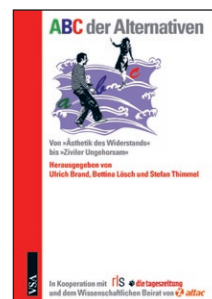
Solidarität ist und bleibt schließlich Bestandteil politischer Mobilisierungen, dieser wichtigen Erfahrung politischer Gemeinschaftlichkeit und Konfliktfähigkeit, gegen die Zumutungen des neoliberalen und imperialen Kapitalismus und für die progressive Gestaltung der Gesellschaft.

Parlamente und Regierung könnten in diesen Zeiten Geschichte machen, die in Zukunft als Wendepunkt hin zu einem solidarischen Europa gelten könnte: Wenn sie den europäischen Fiskalpakt ablehnten, wenn sie ein anderes Steuer- und Abgabensystem schafften, wenn sie die sozial-ökologische Transformation unserer Produktions- und Lebensweise unterstützen würden, wenn sie selbst real und symbolisch gegen Rassismus und Ausgrenzung einträten. Große Hoffnung lastet diesbezüglich in diesen spannenden Tagen im Mai 2012 auf den Parlamenten und Regierungen in Griechenland und Frankreich.

Wichtige aktuelle Aufrufe:

www.demokratie-statt-fiskalpakt.org
www.europa-neu-begrunden.de

Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. Jüngst erschien das von ihm mit herausgegebene „ABC der Alternativen“ – 161 Stichwörter zu Alternativen auf je zwei Seiten von 170 AutorInnen, u.a. zu Themen Solidarität, solidarische Ökonomie, solidarische Mobilität. Hamburg, VSA-Verlag



ABC der Alternativen
 VSA: Verlag
 272 Seiten
 12,00 Euro

DUBLIN-II ASYL: BITTE IM RICHTIGEN LAND STRANDEN

In Europa werden Flüchtlinge munter hin- und herschickt. Das Dublin-Verfahren will es so. Sinn macht die geltende Regelung aber keinen. Europa braucht dringend gemeinsame Standards für die Asylpolitik.

*Text: Nasila Berangy
Fotos: Karin Wasner*

Der 7. Dezember ist für Abdullah S. ein Tag, der ihm immer in Erinnerung bleiben wird. Zwei Mal hat er an einem solchen Datum in Österreich einen Asylantrag gestellt. Das erste Mal im Jahr 2009, damals wurde sein Antrag abgewiesen, der junge Afghane nach Ungarn, von wo er eingereist war, abgeschoben. So will es die Dublin-II-Verordnung. In Österreichs Nachbarland kam der heute 20-Jährige sofort in Schubhaft. Ungarn ist dafür berüchtigt, schutzsuchende AsylwerberInnen, pauschal in Schubhaft zu stecken. Ruth Schöffl, Pressesprecherin des UN-Kommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), bezeichnet das Land als Sorgenkind. In gewissen Ländern wie etwa Griechenland, Italien und eben auch Ungarn, würde es für Flüchtlinge an Schutzstandards fehlen. Deshalb müsse man bei jeder Dublin-II-Überstellung darauf achten,

wohin man diese Menschen schickt, fordert Schöffl. Sie sieht die Staaten ihrer Verantwortung keinesfalls entbunden, auch wenn es die Dublin-II-Verordnung gibt.

Eine Richtlinie mit Mindeststandards

Ziel war es, Richtlinien zu schaffen, die Mindeststandards in verschiedenen Bereichen festlegen. Eine der ersten Verordnungen, war die Eurodac-Richtlinie. Diese regelt die Abnahme von Fingerabdrücken von AsylwerberInnen und von Menschen, die beim Versuch, illegal Grenzen zu übertreten, festgenommen werden. Die abgenommenen Fingerabdrücke kommen in den Zentralcomputer, der in Straßburg steht. Das Eurodac-System dient der Unterstützung der Dublin-II-Verordnung. Für Herbert Langthaler von der „asylkoordination Österreich“ ist dabei das Pferd von hinten aufgezäumt worden. Denn

die Verordnung gehe von gleichen Standards in ganz Europa aus. Das ist nicht der Fall. Langthaler so wie Schöffl vom UNHCR kritisieren die Abfolge der einzelnen Maßnahmen und fordern ein vereinheitlichtes und gemeinsames europäisches Asylsystem. Damit sollen die Kriterien für die Anerkennung von AsylwerberInnen einem festgelegten Standard entsprechen und so auch vergleichbare Entscheidungen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten möglich werden.

Für die Flüchtlinge selbst hat Dublin-II im Wesentlichen nur einen positiven Effekt, nämlich die Möglichkeit der Familienzusammenführung. Allerdings wird der Familienbegriff sehr eng gefasst, nämlich die Kernfamilie bestehend aus Ehepartnern mit minderjährigen Kindern. Schöffl beanstandet, dass Geschwister, Onkel und Tanten sehr wohl auch enge Familienmitglieder sind, die



Abdullah S. wurde wegen Dublin-II nach Ungarn abgeschoben. Nun hat er subsidiären Schutz in Österreich.

für Asylsuchende Unterstützung bieten können. Auf die individuelle Situation der AsylwerberInnen wird im Verfahren keine Rücksicht genommen, auch das hält Schöffl für problematisch. Welche Sprachen die Menschen sprechen, ob sie familiäre Anknüpfungspunkte oder Bekannte in einem Land haben, ob es „ethnische“ Netzwerke gibt, spielt im Entscheidungsprozess der Behörden keine Rolle. „Das alles sind klare Defizite von Dublin“, so die UNHCR-Sprecherin. Langthaler erzählt von einem Fall, in dem ein junger

Mann aus Afghanistan bereits vier Jahre bei seinem Bruder in England gelebt und studiert hatte und der schließlich dennoch nach Österreich zwangsüberstellt wurde, da er seinen Erstantrag hier gestellt hatte. Sicherlich wäre es sinnvoll gewesen, wenn Großbritannien von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch gemacht hätte und das Verfahren des bereits integrierten Flüchtlings einfach übernommen hätte, anstatt ihn neuerlich aus seinem Leben zu reißen. Von diesem Recht macht aber kaum ein Staat Gebrauch.

Asyl abgelehnt

Abdullah S. jedenfalls kam nach einem Aufenthalt in der Ukraine und Moskau erneut nach Wien und stellte genau ein Jahr nach seinem Erstantrag, also im Dezember 2010, einen Asylantrag. Ein Freund seines Vaters hatte einen Schlepper bezahlt, der ihn in einem LKW zwischen Kartons versteckt hatte und ihn so nach Wien brachte. Dabei beging er einen fatalen Fehler, wie er selbst heute weiß: Bei den Behörden gab er an, er wäre direkt aus Afghanistan gekommen, obwohl das nicht stimmte. Abdullahs Familie wurde schon vor Jahrzehnten in eine mörderische Fehde verwickelt, sein Großvater, ein früherer Parlamentarier, umgebracht. Der Mörder des Großvaters sitzt heute selbst als Abgeordneter im Parlament, ein Grund, warum Abdullah bei seiner Rückkehr immer noch verfolgt würde. Tatsächlich flüchtete er mit seiner Familie schon früh nach Pakistan, wo er auch die Schule besuchte und mit der Matura abschloss. Als dort in einer ethnischen Auseinandersetzung Opfer einer Messerattacke und schwer verletzt wurde, bekam sein Vater Angst um das Leben seines Sohnes. Deshalb verließ Abdullah Pakistan Richtung Wien. Dass er den österreichischen Behörden angegeben hatte, aus Afghanistan zu kommen, bereut er rückblickend: „Ich war wochenlang unterwegs, verunsichert und hatte Angst. Ich dachte, ich müsste mehr zu meiner Geschichte sagen, damit man mir auch glaubt.“

Das wirkte sich aber dramatisch auf sein Verfahren aus. Obwohl er Zeugen für seinen Leidensweg hätte, die aussagen können, wer er ist, wer sein Großvater war, und dass die Familie im heutigen Afghanistan in Lebensgefahr wäre, bekam er nicht einmal mehr einen Interviewtermin, bei dem er sich erklären hätte können. „Abgelehnt“, das steht auf seinem Asylantrag. Dass seine beiden Großväter und auch Cousins in Afghanistan ermordet wurden, er selbst mit dem Leben bedroht sei, konnte er nicht mehr vorbringen. Seinen Vater habe man verschont – dieser lebt mit der restlichen Familie in Pakistan –, als Mahnung habe man ihm einige Finger abgetrennt. Mittlerweile erhielt Abdullah S. subsidiären Schutz, was soviel bedeutet, dass er solange in Österreich bleiben darf, bis sich die politische Lage in Afghanistan beruhigt hat. Spätestens dann muss er aber auch zurück, ungeachtet seiner Lebenssituation in Österreich. Bis dahin möchte der junge Mann sein Studium fortsetzen. Sein nächstes Dilemma ist,

dass Österreich seine Matura nicht anerkennt. Also befindet er sich derzeit in Vorbereitung auf eine Deutschprüfung auf Niveau B2. Ob er das alles schafft, weiß er selbst nicht. Zu viele Rückschläge gab es bisher in seinem Leben.

Österreich: zu wenig lösungsorientiert

Wie aber Österreich nun zur Dublin-II-Verordnung? Die Bundesregierung unterstützt grundsätzlich Dublin-II und macht sich auf EU-Ebene für die Fortführung dieses Systems stark. Für Herbert Langthaler verhält sich Österreich damit ungläubwürdig, wenn nicht frech. Langthaler: „Solange Österreich die Außengrenze gebildet hatte, hat man immer gejammert und die Solidarität von den anderen Staaten eingefordert.“ Heute ist Österreich, so wie auch Tschechien und die Schweiz, sie ist auch Teil des Dublin-Vertrages, eines der wenigen Binnenländer und profitiert davon, dass es keine einheitliche EU-weite Regelung in Asylfragen gibt. Österreich sei vielmehr damit beschäftigt, andere Länder für Probleme verantwortlich zu machen, anstatt sich an Lösungen zu beteiligen. Das sei insgesamt eine bequeme Situation, in der man bei Bedarf auch die Grenzen hochziehen könne, ärgert sich Langthaler. Er spricht von einer „unsolidarischen“ und „lächerlichen Haltung“ in dieser Frage, denn Österreich habe eine gute Tradition in Sachen Flüchtlingshilfe. Langthaler erinnert an den Anfang der 1990er Jahre, als 90.000 Menschen aus dem zerbrechenden Jugoslawien nach Österreich geflüchtet sind. Rund 60.000 von ihnen sind bis heute geblieben. Langthaler: „Der österreichischen Wirtschaft hat das offenbar überhaupt nicht geschadet. Im Gegenteil, auch die Transnationalität von Menschen ist eine Ressource.“

Wie unsinnig die derzeitige Dublin-Regelung ist, verdeutlicht Langthaler an einem Beispiel. Seit Jahren werden etwa aufgrund eines bilateralen Abkommens Asylsuchende aus Frankreich nach Österreich und im Gegenzug Menschen aus Österreich nach Frankreich verschickt, da jeweils das andere Land ihr „Erstaufnahmeland“ war. Dass jeweils gleichgroße Menschengruppen zwischen den Ländern hin und her getauscht werden hat keinen anderen Grund als eben den, dass Dublin II es so will. „Lastenaufteilung“ nennen die Regierungen die damit entstehenden Belastungen für die Menschen. Besonders solidarisch ist dieser „Aufteilung“ aber nicht. Anstatt über eine Quote innerhalb der EU einen Ausgleich zu schaf-



Menschen wie Abdullah S. werden unsinnig verschickt. Die EU braucht ein einheitliches Asylsystem.

fen, wird möglichst viel Druck auf die Außenstaaten ausgeübt, Flüchtlinge im Land zu behalten und ihre Grenzen aufzurüsten. Staaten wie Italien kritisieren die Dublin-II-Verordnung – durchaus nachvollziehbar – als ungerecht und fühlen sich einseitig belastet. Andererseits, wirft Schöffel ein, sei nicht jeder Mensch, der nach Italien kommt, auf Asylsuche. Gerade während des arabischen Frühlings, als rechte Populisten – einmal mehr – eine Welle von AsylwerberInnen prophezeiten, ist das nicht eingetreten. Als aus Libyen libysche StaatsbürgerInnen, aber auch SomalierInnen und SudaneseInnen mit Booten und Schiffen nach Italien kamen, suchten nur die zwei letztgenannten Gruppen um Asyl an, während viele LibyerInnen aus Arbeitsgründen das Land verließen. Die Zahl der tatsächlich Asylsuchenden schätzt die UNHCR-Sprecherin auf rund 20.000, für ein Land wie Italien sei das jedenfalls kein riesiger Menschenstrom. Italien meldet sich also auch aus strategischen Gründen, wenn es Europa wissen lässt, dass es seine humanitären Aufgaben nicht bewältigen könne. Freilich ändert das nichts daran, dass Dublin-II keine gerechte Lösung bietet. Und sollte tatsächlich einmal ein riesiger Flüchtlingsstrom kommen, dann würde das Dublin-System sehr deutlich seine eigenen Grenzen aufzeigen. Dass Rom sich gar nicht zu helfen weiß, kann man jedenfalls nicht behaupten. Als die anderen Staaten Italien ihre Solidarität verweigerten, stellten die italienischen Behörden den AsylwerberInnen kurzerhand Aufenthaltstitel aus. Damit konnten die Flüchtlinge in andere EU-Staaten weiterreisen. Zuständig

für ihre Verfahren blieb Italien natürlich dennoch. Griechenland, zwischen ressourcenbedingter Überforderung und möglicherweise bewusster Abschreckung, scheint einen anderen Weg zu gehen. Schubhaft statt Betreuung. Selbst einen Asylantrag zu stellen, ist nicht mehr so leicht. In Griechenland kann, so Langthaler, nur noch einmal in der Woche ein Antrag gestellt werden. Sechs Tage die Woche hat die Behörde geschlossen.

Griechenland und Belgien verurteilt

Aus Perspektive der Menschenrechte kann immerhin als Erfolg angesehen werden, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einem Urteil im Jänner 2011 entschieden hat, Griechenland aus dem Dublin-II zu kippen. Teils fürchterliche Schubhaftbedingungen und sehr lange Verfahren waren der Anlass dafür. Auch Belgien wurde verurteilt, als es einen afghanischen Flüchtling trotzdem nach Griechenland überstellt hat. Im österreichischen Innenministerium scheint das EGMR-Urteil sich noch nicht bis zu allen Beamten durchgesprochen zu haben. Auf Anfrage ließ man MO wissen, dass „das Ministerium für Inneres für die Vollziehung zuständig [ist] und nicht für die Frage, ob Dublin Sinn macht oder nicht.“ Und, ein Sprecher weiter: „Nach Griechenland gibt es keinen generellen Abschiebestopp, sondern nur Einzelfallüberprüfungen.“ Das Ministerium kommentiere als Vollzugsbehörde keine Gesetze. Wie dem auch sei, Fakt ist, dass seit dem EGMR-Urteil aus Österreich keine Überstellungen in das krisengebeutelte Mittelmeerland mehr stattfanden.

„Dublin ist gescheitert“

Dass erst der Europäische Gerichtshof ein solches Urteil fällen musste und kein Gericht in den Nationalstaaten in seiner Rechtsprechung zu dieser Expertise kam, bezeichnet Langthaler als schockierend. Man kann vielleicht auch daran die Partikularinteressen der einzelnen Nationalstaaten ablesen, die vor allem auf die Reduktion eigener Belastungen ausgerichtet sind. In Deutschland zeigt das Urteil mittlerweile Auswirkungen. Die deutschen Höchstgerichte untersagten mehrere Rückstellungen nach Italien und Ungarn und begründeten das damit, dass eine Rückführung sowohl aus politischen wie auch aus humanitären Gründen untragbar sei. Auch im Fall von Italien bemängeln NGOs die Versorgungssituation von AsylwerberInnen immer wieder. Österreich scheint davon unbeeindruckt und schiebt weiterhin Menschen in beide Länder ab. 2011 wurden rund 130 Menschen nach Ungarn und etwas mehr nach Italien überstellt. Im gesamten gesehen ist das eine ziemlich geringe Anzahl. Gemessen an den Verfahrensaufwänden und

Kosten, die dabei anfallen, steht das Ergebnis dazu in keinem Verhältnis. Auch wegen solcher Transaktionen bezeichnete der Europäische Flüchtlingsrat (ECRE) Dublin-II als gescheitert. Es sei ineffizient und teuer, das Prinzip der Überstellungen sei ungenügend geregelt, während sich die Zahl Anträge nicht verringert und Verfahrensdauer nicht verkürzt haben, lautet das harsche Urteil. Das wirft die Frage auf, ob die Erstland-Regelung nicht vor allem der Politik dient, sich mit harter Hand gegen Flüchtlinge zu profilieren und das eigene Land vor ihnen zu „beschützen“. Nimmt man die absoluten Zahlen, geht es keineswegs um jene Menschenmassen, mit denen populistische Politik operiert. Nur eine sehr geringe Prozentzahl der Flüchtlinge schafft es, bis nach Österreich oder in andere EU-Länder. Die meisten der Flüchtlinge sind so genannte Binnenflüchtlinge und bleiben in einer anderen Region ihres Landes. Oder sie suchen in den Nachbarländern Schutz. Afghanistan ist ein gutes Beispiel dafür, rund zwei Millionen Afghanen leben im Iran, andere in Paki-

stan. Auch der aktuelle Bürgerkrieg in Syrien zeigt, dass Flüchtlingsströme vor allem in nahe Grenzregionen führen, in diesem Fall in jene der Türkei. Für Helmut Langthaler ist ein wichtiger Lösungsansatz, Flüchtlingen dort zu helfen, wo sie sich aufhalten, in den provisorischen Flüchtlingslagern solcher Nachbarstaaten. Dennoch sollten auch afghanische Flüchtlinge, die im Iran sind, die Möglichkeit bekommen, nach Europa zu kommen. Als Beispiel führt er Kanada an, das jedes Jahr einer bestimmten Anzahl von Flüchtlingen die Einreise erlaubt, ohne dabei die Topausgebildeten zu selektieren. Kanada sieht zudem großzügige Regelungen vor, die auch erwachsenen Kindern erlaubt, innerhalb eines Jahres den Eltern nachzureisen. Das gängige Argument von Kanadas Größe und der vorhandenen Ressourcen lässt Langthaler nicht gelten. Nach wie vor ist Österreich eines der reichsten Länder der Welt. Auch für Dublin-II hat Langthaler einen Vorschlag: die Regelung abzuschaffen und durch eine solidarische EU-weite Regelung ersetzen.

6. JULI–19. AUGUST
POOLBAR-FESTIVAL
ALTES HALLENBAD FELDKIRCH

MOGwai YANN TIERSEN THEOPHILUS LONDON
FRITTENBUDE THE WHITEST BOY ALIVE MARILYN MANSON
GOGOL BORDELLO BALTHAZAR REGINA SPEKTOR
NNEKA ENTER SHIKARI CRO TINDERSTICKS
DESTROYER DJ HELL ZOMBIE NATION (LIVE)
SPEECH DEBELLE YELLOWCARD WHOMADEWHO

TROUBLE OVER TOKYO GINGA JAPANHER
EFFI TRUCKFIGHTERS U.V.A.


www.facebook.com/Poolbar.Festival
WWW.POOLBAR.AT

DANK AN GIMUKK VORARLBERG FELDKIRCH

SICH ABZUSCHOTTEN FUNKTIONIERT NICHT

Wie ethnische Solidarität hilft, wenn die Mehrheitsgesellschaft auslässt, erzählen Murat Batur und Rusen Timur Aksak am Beispiel der türkischen Community in Österreich.

Interview: Baruch Wolski

Fotos: Karin Wasner

In der türkischen Community in Österreich sind auffallend viele Hilfsvereine aktiv. Welche Aufgaben übernehmen diese Vereine?

Aksak: Der Verein, in dem ich mich engagiere, unterstützt insbesondere türkeistämmige junge Menschen, die zum Studieren hierher kommen. Sie haben natürlich spezifische Sorgen und Nöte. Das fängt bei der Sprachbarriere an und führt bis zu Fragen konkreter Abläufe des Studiums. Dabei gibt es ein massives Problem mit ominösen Beratungsfirmen, die die Studenten um 4.000 - 5.000 Euro hier herbringen, nur um sie normal anzumelden. Die Leute werden also für einen ganz einfachen Prozess abgezockt. Diese Problematik ist leider relativ unbekannt. Mich erinnert das an meine Eltern, die als Gastarbeiter ins Land gekommen sind und vergleichbare Schwierigkeiten erlebten.

Batur: Dass man eine Selbstorganisation gründet, ist der erste Schritt zu einer Solidarität und schlicht dazu gedacht, um anderen zu helfen. Da geht es um keinen Selbstzweck, sondern darum, sich als Community zu organisieren und sich im täglichen Leben wie auch in Notfällen gegenseitig zu helfen.

Wie wichtig ist migrantische Selbstorganisation? Und wie funktioniert sie?

Batur: Die stärkste Form der Solidarität ist innerfamiliär, so wie in der österreichischen Mehrheitsgesellschaft auch. Danach kommen die landsmannschaftlichen Solidaritäten, die sich aufgrund regionaler Gemeinsamkeiten bilden. Dann folgen religiöse und politische Netzwerke. Dabei geht es zumeist um finanzielle Unterstützung, um Ressourcen- und Wissenstransfer, aber etwa auch um die Organisation von Beerdigungen oder Hochzeiten.

Zuallererst kommt die Binnenintegration. Das heißt, wenn Migranten in ein neues Land kommen, werden sie zuerst in ihre jeweilige ethnische Community integriert. Das heißt, sie werden zuerst von den Vereinen aufgenommen, in denen es für sie keine Sprachbarriere gibt. Dort wird ihnen geholfen, indem ihnen die bürokratischen Wege erklärt werden, klassischer Informationstransfer also. Wo findet sich Arbeit, wo Unterkunft?

Basieren die Angebote der Community auf ehrenamtlicher Arbeit?

Batur: Ja, ich schätze zu etwa 90 Prozent.

Welche Motive gibt es, sich zu engagieren? Oft ist von fehlender Solidarität in der Gesellschaft die Rede.

Batur: Ich denke, die Ankunftsgesellschaft ist strukturell nicht gerüstet für die Immigran-



Murat Batur ist Dissertant der Soziologie und Mitherausgeber einer sozialwissenschaftlichen Querschnittsstudie zur austrotürkischen Gemeinschaft.

ten. Deshalb übernehmen die Familien diese Funktionen. Wenn aber ein Immigrant ohne Familie herkommt, dann leistet das die ethnische Gemeinschaft, soweit sie eben organisiert ist. Die Gesellschaft hat noch nichts entwickelt, um Migranten in ihrer ersten Zeit zu unterstützen.

Aksak: Zu erwähnen ist auch, dass der Druck der Mehrheitsgesellschaft ethnische Communities zusammenschweißt. Das heißt, ich fühle mich deshalb mit jemandem aus Ostanatolien verbunden, obwohl ich aus dem Westen, aus Istanbul, stamme. Man kann sich mit den Problemen der Anderen sehr gut identifizieren, kennt das Gefühl von Fremdheit selbst. Und auch die Anfeindungen. Ein Beispiel: Die Vize-Vorsitzende unseres Vereins trägt Kopftuch. Pöbeleien, die sie mittlerweile als normal betrachtet, sind für mich eigentlich schon strafrechtlich relevant.

Wird sich innerethnische Solidarität mit der Zeit aufweichen und einem gesamtgesellschaftlichen Engagement weichen?

Batur: Die dritte Migrationswelle aus der Türkei aus den 90er Jahren ist durch eine Gesetzesnovelle zur Familienzusammenführung geprägt. Da haben die Leute versucht, vor allem in den Großfamilien aus der Türkei zu heiraten. Da sind sozusagen Ehepartner nach Österreich importiert worden. Das wird aber weniger, mittlerweile heiratet die 3. und 4. Generation untereinander. Es ist schon ein ausreichender Heiratsmarkt entstanden, der es verhindert, dass man die Verbindungen zur Türkei noch so stark hat. Man heiratet auch innerhalb des EU-Raums, man sucht also auch Partner in Deutschland, Frankreich etc. Das könnte in weiterer Folge dazu führen, dass sich die ethnische Solidarität langsam auflöst. Aber das würde noch

mindestens eine Generation benötigen.

Wäre das eine wünschenswerte Entwicklung?

Aksak: Von mir aus kann die ethnische Solidarität gerne abnehmen, wenn das Sozialein erhalten bliebe und sich unabhängig vom religiösen bzw. kulturellen Background ausdrückt. Ich finde es aber auch schön, wenn es sie weiterhin gibt und sie ergänzt wird durch Engagement für die gesamte Gesellschaft.

Die politische Rechte erhebt den Vorwurf, dass insbesondere Türkinnen und Türken eine Parallelgesellschaft bilden.

Aksak: Sich abzuschotten funktioniert nicht. Wenn du beruflich erfolgreich sein willst, einen bestimmten Bildungsweg gehen willst, geht das gar nicht. Aber in manchen Momenten beneide ich diese Menschen, die sich

abschotten können. Gerade in Wahlkampfzeiten ist das bestimmt angenehm. Grundsätzlich gibt es bei diesem Thema aber eine geradezu groteske Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft. Leute betrachten uns von außen als unglaublich homogen. Das hätte vielleicht Vor- und Nachteile, ist aber einfach nicht wahr. Im Fall der türkischen Community gibt es Linke, Rechte, Religiöse, Laizisten, Aleviten, Sunniten, klassische Arbeitsmigranten und Flüchtlinge nach dem 80er Militärputsch. Diese Gemeinschaft ist extrem heterogen.

Batur: Und diese Heterogenität führt bis in die Organisationen selbst. Die meisten muslimischen Migranten hier sind beispielsweise religiös, religiöser auch als ihre Herkunftsgesellschaften. Sie werden das, weil sie hier in einer fremden Umgebung sind. Die Frage ist, wie sich Parteien, Gewerkschaften, staatliche Institutionen, Unis auf die Leute einstellen können. Ich halte die Mehrheitsgesellschaft in Österreich bislang nur für bedingt ‚aufnahmefähig‘ für die Leute. Das führt dazu, dass, obwohl sich die innerethnischen Bewegungen langsam auflösen, die meisten Migranten weiterhin in ethnischen Organisationen zuhause sind. Kein Wunder: Wenn man dauernd gegen Wände stößt, gibt man es irgendwann auf. So gesehen üben die ethnischen Communities nach wie vor eine Schutzfunktion aus: Nunmehr auf der Ebene, dass man sich hier sozial oder anders engagieren kann, ohne die Hürden der Mehrheitsgesellschaft in Kauf nehmen zu müssen.

Wie sollten staatliche Institutionen mit der türkischen Community umgehen? Wie gehen sie mit ihr um?

Aksak: Stiefmütterlich. Ich komme aus Kufstein, der Heimatstadt des ÖVP-Generalsekretärs übrigens: mein Vater hat sich vor ein paar Jahren politisch engagiert und eine eigene Wahlliste für Migranten aufgestellt. Damals hatte ich einen ziemlich guten Einblick bekommen. Im Wahlkampf haben alle Parteien sehr wohl den Weg zu den Moscheenvereinen gefunden. Selbst die extreme Rechte. Aber immer inoffiziell. Keine Fotos, keine Aussendung, gar nichts. Da wird dann das gute Zusammenleben beschworen. Aber man weiß, dass das erstens alles inoffiziell ist und zweitens nachher sich keiner mehr daran erinnern wird.

Batur: In Frankreich oder Großbritannien zeigt sich, dass der Staat ethnische Selbstorganisationen zur Kenntnis nehmen und politische Ausdrucksmöglichkeiten schaffen



Rusen Timur Aksak ist Student der Politikwissenschaft, freier Publizist und Obmann des „Türkischen Studentenverein Österreich“.

kann. Wenn es landwirtschaftliche Verbände, Berufsorganisationen, etc. gibt, warum dann nicht auch für ethnische Organisationen? Aber der Staat wird so lange nichts ändern, solange es keinen Druck von unten aus den Communities gibt. Bis jetzt wird bloß Symbolpolitik betrieben.

Aksak: Was das Thema der Integration betrifft würde ich – im politischen Sinn – nicht sagen, dass türkeistämmige Migranten besonders schlecht integriert sind. Da

„DIE STÄRKSTE FORM DER SOLIDARITÄT IST INNER-FAMILIÄR, SO WIE IN DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT.“

gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen. Bei den Grünen sind die Aleviten zum Beispiel sehr stark vertreten, während sunnitische türkische Leute dort fast gar nicht existieren. Bei den wenigen türkeistämmigen Journalisten im Land sind mindestens 80 Prozent alevitisch. Ich als türkischer Sunnit bin da quasi eine absolute Rarität.

Batur: Es ist naiv zu sagen, der Staat soll was machen. Aber wenn er was machen sollte, dann müsste er mit einem kulturell anderen umgehen lernen. Aleviten und Kurden sind wahrscheinlich kulturell näher, als es ist die sunnitische Mehrheit der Türkeistämmigen ist. Die sind großteils säkular, verstehen Religion vornehmlich als kulturelle Angelegenheit. Sie haben ein ähnliches Verständ-

nis wie autochthone Österreicher. Wie man mit jemandem umgeht, der anders tickt als man selbst, das müssten politische Institutionen erst mal lernen. Erst dann könnte es sich auch die Bevölkerung aneignen.

Wird die Community in absehbarer Zeit einen solchen Druck aufbauen?

Batur: Ich glaube schon. Wir haben langsam eine Generation, die Deutsch als Erstsprache hat. Irgendwann wird sie genug haben von der Sprachlosigkeit, in die sie gedrängt wird. Sie kann sich nirgends artikulieren, die Vorgängergeneration hat keine Plattformen dafür geschaffen. Aber sie spricht auch kein Türkisch mehr. Irgendwann wird das mal aufbrechen. Wie viel kulturelles Gepäck sie mitnehmen werden, das bleibt offen.

Aksak: Sprachlosigkeit ist ein schönes Sinnbild für die Situation. Ich kann mich genau damit identifizieren, was der Kollege gesagt hat. So würde ich auch die Verantwortung definieren, die man für die eigene Community hat. Wobei ich aber sehr gut Türkisch spreche (lacht).

Batur: Dass sich alles in einer Form von Assimilation auflöst, halte ich für unwahrscheinlich. Wir leben in einer Zeit, in der es ein starkes Bewusstsein für Identitäten gibt. Zudem gibt es viele Möglichkeiten in einer Gesellschaft auch anders zu leben. Es gibt ein Verständnis dafür, dass Gesellschaft an und für sich pluralistisch ist. Das wird Formen annehmen, für die wir vielleicht keine histo-

Inserat_Standard



ModeschülerInnen in Hetzendorf: gut über problematische Produktionsverhältnisse informiert.

WER ZAHLT DEN PREIS?

Wer zahlt den Preis für die neueste Mode? Wir jedenfalls nicht. Sondern Näherinnen in Indien, Bangladesh und China. Neu ist das nicht, wir haben uns nur daran gewöhnt. Was kostet die Solidarität mit Textilarbeiterinnen?

*Text: Eva Bachinger
Foto: Karin Wasner*



kumentiert ist auch, dass Frauen selbst wegen Kleinigkeiten vor Vertragsende entlassen werden und nichts von dem für das Ende des Arbeitsvertrages versprochene Geld sehen. In Tiruppur, einem der Zentren der Textilproduktion Südindiens, haben in den vergangenen zwei Jahren etwa 100 Mädchen aufgrund der Arbeitsverhältnisse Suizid begangen. Das berichtet die Clean Clothes Kampagne (CCK), eine Initiative mehrerer NGOs. Bekannte Firmen wie C&A, Ralph Lauren, Diesel, Timberland und der deutsche Diskonter NKD beziehen aus der Textilregion Südindien Ware. Die Zustände, die in der EU unmöglich wären, sind seit Jahren publik. Immer wieder heißt es, dass vor allem in den ausgelagerten Produktionsstätten in Asien unhaltbare Bedingungen herrschen: kein Existenz sichernder Lohn, zu lange Arbeitszeiten in heißen, stickigen Hallen, keine Gewerkschaften. Betroffen sind vor allem Frauen und Mädchen.

„Es geht hier um die Umsetzung fundamentaler Arbeitsrechte. Das sollte nicht zu viel verlangt sein.“, sagt Gerald Kreuzer von der Textil Gewerkschaft PRO-GE (Produktionsgewerkschaft). Von den Firmen werde kein besonderes soziales Verhalten gefordert, sondern schlicht die Einhaltung von Menschenrechten: Das Recht auf Arbeit bei gerechter bzw. zumindest kollektivrechtlicher Entlohnung, das Recht, Gewerkschaften zu bilden, das Recht „auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen, bezahlten Urlaub.“ So ist es auch in den Artikeln 23, 24 und 25 in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung festgehalten.

CSR – oft nicht mehr als Charity

Der Nachwuchs in der Modeindustrie ist gut über diese Verhältnisse informiert – zumindest in der Wiener Modeschule Hetzendorf: „Wenn man sich für Mode interessiert, kommt man zwangsläufig an dem Thema nicht vorbei“, meint einer der Studenten, Moritz Gottschalk, 21. Er nähe sich seine Kleidung vor allem selbst oder geht zum Abverkauf in kleine österreichische Designergeschäfte. „Es ist so schwer in unserer Gesellschaft ethisch zu handeln. Man kann nichts machen, keinen Schritt gehen, ohne Fehler zu machen. Das beginnt schon beim Essen.“ Die 18-jährige Modeschülerin Magdalena Schönauer hat sich vorgenommen, „nur Ware aus Ländern einzukaufen, wo die Situation etwas besser ist als in China. In vielen Ländern, wo Ausbeutung passiert, gibt es

auch nicht viel Pressefreiheit. Diese Länder tun alles, um Berichte über solche Zustände nicht nach außen dringen zu lassen.“

Meint man als KonsumentIn, dass nur Billigware unfair produziert wird, täuscht man sich: Der Preis sagt heutzutage nichts darüber aus, wo und wie die Ware hergestellt wurde, betont Michaela Königshofer, Koordinatorin der Clean Clothes Kampagne. „Wir haben die größten Schwierigkeiten mit Firmen im Hochpreis-Segment wie Armani, Dolce & Gabbana, aber auch mit Diskontern wie Lidl oder KIK.“ Diese Firmen beteiligen sich weder bei Befragungen der CCK mit noch sind sie in Bezug auf Produktionsbedingungen auf ihren Websites transparent. Armani und Hilfiger ließen sich mit einer Stellungnahme Zeit, der Diskonter Lidl reagierte gar nicht, nur Palmers und H&M antworten schnell. Auch C&A antwortet aufgrund es aktuellen Falles aus Indien prompt: „Das ist ein perfides, illegales und menschenverachtendes System“, so Unternehmenssprecher Thorsten Rolfes. „Wir kennen es seit 2007 und haben unsere Vertragspartner in der Region damals umgehend darüber informiert, dass wir die Anwendung dieses Systems nicht akzeptieren. Unsere unabhängig operierende Unternehmenseinheit SOCAM kontrolliert unangemeldet die Nähereien sowie deren Zulieferer. Das gilt jedoch nicht für vorgelagerte Stufen in der Lieferkette, vor allem für die südindischen Spinnereien.“

Bei Firmen, mit denen kein direktes Vertragsverhältnis besteht, stehen die Kontrolleure vor verschlossenen Türen. Hier bestehe großer Handlungsbedarf, räumt Rolfes ein. Auf jeder Homepage der bekannten Marken findet man links zum Thema „Nachhaltigkeit“ und „Verantwortung“. Corporate Social Responsibility, also die freiwillige Verpflichtung zu sozialer Verantwortung, gehört mittlerweile zum guten Ton. Oft geht das Engagement über Charity-Aktionen aber nicht hinaus. Das Label Tommy Hilfiger gibt in der aktuellen Ausgabe der deutschsprachigen Vogue ein „faires Versprechen“: Die Firma spende Millionen, um die Armut in Afrika bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Die Schauspielerin Katie Holmes lässt sich vor den PR-Karren spannen und zeigt sich lächelnd mit Schulkindern in Uganda. Dazu passend wird mit einer Kollektion geworben, die von den „Farben der Landschaft und dem typischen Stil Ugandas“ inspiriert und in Afrika produziert worden sei. Laut CCK lässt

Sklavenarbeit im Jahr 2012: In Südindien schufen zehntausende Mädchen in Nähereifabriken unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen. Falls sie sich für fünf Jahre verpflichten, werden ihnen 860 Euro jährlich versprochen. Im Monat verdienen sie maximal 54 Euro. Die Familien willigen ein, weil sie z.B. das Geld für die Mitgift brauchen. Dem Versprechen folgt ein böses Erwachen: Die 15- bis 18-Jährigen werden in umzäunten Fabrikbaracken einquartiert, dürfen nur einmal im Monat das Areal verlassen. Besuche der Eltern und Anrufe werden durch die Werksleitung beschränkt. Sie müssen bis zu 16 Stunden täglich arbeiten, bei Fehlern werden sie angebrüllt, auch Schläge sind kein Tabu. Der Staub der extrem feinen Fasern der Baumwolle liegt so dick in der Luft, dass Medienvertreter, die eine der Hallen besuchten, von einem erstickungsähnlichen Gefühl berichten. Wenn Mädchen vor Erschöpfung arbeitsunfähig werden, droht die fristlose Kündigung. Do-



Arbeiterin auf Rollschuhen, Näherinnen in Bangladesh.



Hilfiger aber normalerweise vor allem in Bangladesh produzieren, wo die Bedingungen besonders mies sein sollen.

Zu wenig unabhängige Kontrollen

Auch die österreichische Firma Palmers ist offenbar nicht besonders stolz darauf, dass die gesamte Produktion nach Asien ausgelagert wurde. Auf dem Etikett in den Unterhöschen steht nun ganz groß „Designed in Austria“ und sehr klein darunter: „Made in China“. Auf der Website ist viel vom Firmenstandort in Wiener Neudorf mit einer Musterschneiderei, mit Abteilungen für Produktentwicklung, Marketing und Vertrieb die Rede. Aber kein Wort über die Näherinnen in Fernost. Für Palmers ist alles beim Besten: „Wir haben mit unseren Lieferanten strenge Standards definiert. Diese sind vertraglich festgelegt. Wir führen regelmäßig Kontrollen durch. Unsere Standards umfassen z.B. das Verbot von Kinderarbeit, unangemeldete Besuche, bei denen alle relevanten Aspekte wie z.B. die Einhaltung von Pausen, die Lichtverhältnisse am Arbeitsplatz oder die regelmäßige Auszahlung der Gehälter kontrolliert und dokumentiert werden. Die Kontrollen werden parallel von zwei Einheiten durchgeführt. Einerseits finden diese durch unsere Agentur vor Ort statt, andererseits durch unsere Mitarbeiter aus der Zentrale in Wiener Neudorf, die regelmäßig nach Fernost reisen. Ein Verstoß gegen die vereinbarten Standards hat für den Lieferanten schwere Konsequenzen. Der Lieferant wird für zukünftige Aufträge gesperrt“, führt die Pressesprecherin aus. Der Haken daran: Wirklich externe, unabhängige Kontrollen werden nicht durchgeführt. Palmers ist zum Beispiel kein Mitglied bei der Fair Wear Foundation, eine unabhängige Kontroll-Initiative, die Ar-

beitsverhältnisse in der Textilindustrie überprüft. Da ist H&M als Mitglied der FLA, der Fair Labor Association, schon weiter.

Trotz aller Beteuerungen verändern freiwillige Verpflichtungen jedenfalls wenig. Das hat offenbar auch die EU erkannt. Über die soziale Verantwortung von Unternehmen gibt es eine Mitteilung der EU-Kommission. Das Europäische Parlament bereitet dazu einen Initiativantrag vor, eine Abstimmung im Plenum könnte Ende dieses Jahres erfolgen. „Kommissar Michel Barnier kündigte im

„DAS IST EIN PERFIDES, ILLEGALES UND MENSCHEN-VERACHTENDES SYSTEM.“

UNTERNEHMENSPRECHER THORSTEN ROLFES, C&A.

Rechtausschuss an, dass im Oktober 2012 ein Vorschlag nachgereicht wird, der die Offenlegung von Sozial- und Umweltstandards für europäische Unternehmen vorschreibt“, berichtet die EU-Abgeordnete Evelyn Regner von der SPÖ.

BergsportlerInnen: Wissen über Sponsoren gering

Eine Näherin verdient in Bangladesh etwa 30 Euro im Monat. Ein Existenz sichernder Lohn wäre das Doppelte. Bei einem T-Shirt, das derzeit 4,50 Euro kostet, würde sich der Preis auf 4,95 Euro erhöhen, wenn man der Näherin 60 Euro zahlt, rechnet Herbert Look, Unternehmensberater in der Bekleidungsbranche, vor. „Die Preisbildung ist aber immer auch eine Frage von Angebot und Nachfrage zwischen dem inländischen Importeur und dem ausländischen Agenten. Wenn also wirklich ein inländisches Unternehmen bereit wäre, für ein T-Shirt mehr zu bezahlen,

bliebe immer noch die Frage, ob der ausländische Agent diese zusätzliche Bezahlung an seine Näherinnen weitergeben würde.“

Eine Preiserhöhung um 45 Cent ist eigentlich nicht der Rede wert, dennoch überbieten sich die Firmen im Wettbewerb und treiben den Preis nach unten. Oder die Gewinnspanne wird immer größer. Das scheint vor allem auch in der Bergsportbranche der Fall zu sein, deren Produkte teuer sind. Bei den letzten Firmenchecks der CCK wurden Unternehmen wie Schöffel, Salewa, Jack Wolfskin und Burton befragt.

Nur Mammut und Odlo bekamen unter 14 Firmen die Bestnoten. Doch zumindest die Bereitschaft zur Teilnahme war groß – und auch teilweise der Wille zur Veränderung. So traten etwa Schöffel und Jack Wolfskin der Fair Wear Foundation bei. Der hohe Gewinn der Branche fließt auch in Werbung und Sponsoring. Davon profitieren wiederum SportlerInnen, die von den Firmen aus Imagegründen gesponsert werden. Gut informiert sind die Bergsport-Profis nicht. Die deutsche Eiskletterin Ines Papert behauptet, dass ihr Sponsor Arc'teryx nur in Nordamerika produziere und sie sich deshalb über das Thema Ausbeutung bisher keine Gedanken machen musste. Arc'teryx wirbt damit, dass die Firma noch vor Ort produziere. Nur klein gedruckt ist auf der Homepage zu lesen, dass die Produkte in Asien hergestellt wird. Der Tiroler Bergsteiger Peter Habeler meint dazu: „Wenn die Ausrüstung in Österreich produziert wird, kaufe ich sie. Aber ich glaube auch, dass es Hersteller gibt, die in Asien ihre Mitarbeiter adäquat entlohnen. Ich nehme es zumindest an.“

Der Kletterer Alexander Huber antwortet auf Nachfrage: „Sicher sind die Arbeitsbedingungen einer Firma nicht das erste Kriterium



Bergsteiger-Legende Peter Habeler erklomm 1978 mit Reinhold Messner den Mount Everest ohne Sauerstoffgerät. Zu seinem Wissen über die Produktionsverhältnisse der Sportausrüstung befragt, meint er: „Wenn die Ausrüstung in Österreich produziert wird, kaufe ich sie. Aber ich glaube auch, dass es Hersteller gibt, die in Asien ihre Mitarbeiter adäquat entlohnen. Ich nehme es zumindest an.“

für uns Sportler. Aber es wäre wiederum ein Ausschlusskriterium, wenn eine Firma für schlechte Arbeitsbedingungen bekannt wäre. Ich bin ja bei mehreren Firmen unter Vertrag und ich muss ehrlich zugeben, dass ich nicht bei allen Herstellern weiß, wo unter welchen Bedingungen produziert wird.“ Hauptsponsor von Alexander Huber ist schon seit vielen Jahren Adidas. Ein Weltkonzern, der bereits jahrelang für schwere Verstöße gegen Arbeitsrechte gerüffelt wird.

Legale Irreführung der KundInnen

Seit den 1970er Jahren haben Firmen ihre Produktion ausgelagert und sich auf ein undurchsichtiges System von Lieferketten und Zwischenhändlern eingelassen. Derzeit gibt es in Österreich nur noch 1.500 Näherinnen, die zwischen 1.200 und 1.400 Euro brutto verdienen. Die Branche ist sehr personalintensiv, doch an den Personalkosten kann das nicht liegen, auch wenn wie Palmers meint, dass viele der Produktionspartner „aufgrund des Lohndrucks ihre Fertigung nach Fernost verlegt“ hätten.

„Die Firmen könnten auch in Europa gut leben. Es geht nicht um Überleben, sondern um Gewinnmaximierung, um immer mehr Profit“, so Gewerkschafter Kreuzer. Er nennt nur drei Firmen, die noch Standorte in Österreich haben: Triumph, Anita und Wolford. Schneidereien als Kleingewerbe gibt es kaum noch, wenn dann florieren Änderungsschneidereien. Der Konsum von Kleidung hat sich demokratisiert: Auf Schnäppchenjagd gehen aber nicht nur Menschen mit geringem Einkommen, sondern auch jene, die sich durchaus teure Produkte leisten könnten. Shopping ist eine beliebte Freizeitbeschäftigung: Menschenmassen mit prall gefüllten Einkaufstaschen verbringen ihre Zeit auf den

Einkaufsmeilen und in klimatisierten Geschäften. Möglichst hoher Konsum ist politisch gewollt, kurble er doch das Wirtschaftswachstum an. Es reichen nicht mehr drei Hosen, sondern man hat zehn oder mehr.

Elisabeth K. steht vor der Pimkie-Filiale: Sie hat eben drei weiße T-Shirts um jeweils 9,90 Euro für ihre Töchter gekauft. „Ja, ich weiß, dass das möglicherweise nicht unter fairen Bedingungen produziert wurde, aber wieso soll ich mehr bezahlen, wenn ich sie um diesen Preis haben kann?“, erklärt sie.

Wo genau die Kleidung produziert wurde, wissen oft nicht einmal die VerkäuferInnen. Geht man in eine beliebige Abteilung einer bekannten Kette, schauen die MitarbeiterInnen erstmal groß, wenn man fragt. Manche müssen selber erst an den Etiketten nachschauen. Andere sagen einfach, in der EU, obwohl es nicht stimmt. Und selbst wenn das Etikett „Made in Austria“ ausweist, kann man nicht sicher sein: Eine Modefirma im Hochpreissegment, die lieber anonym bleiben will, kennzeichnet ihre Ware damit, doch in Wahrheit sitzen die Näherinnen in Ungarn. „Made in Austria“ ist nur deshalb möglich, weil die Nähereifirma, die dem Label zuarbeitet, seinen Sitz in Österreich hat und hier die Wertschöpfung zu 50 Prozent erzielt wird. Eine legale Irreführung der KundInnen.

Das Schulzentrum für Mode und Kunst in der Wiener Herbststraße versucht die SchülerInnen vor dieser Täuschung zu bewahren: 2010 haben sie in der Herbststraße im Projekt „we buy, they die“ versucht, die Arbeitsbedingungen der TextilarbeiterInnen nachzuempfinden. Heuer nehmen sie an den „global action weeks“ zum Thema Ethik im Konsum teil. Die diversen Gütezeichen seien ein fixer Bestandteil im Qualitätsmanagementunterricht.

Monika Kycelt, Direktorin der Modeschule Hetzendorf, sieht es als „wichtigen Bildungsauftrag an, unseren SchülerInnen die Problematik der Ausbeutung von Arbeitskräften in so genannten Billiglohnländern näher zu bringen und das Bewusstsein dahingehend zu schärfen.“

Die 18-jährige Modeschülerin in Hetzendorf, Namita Herzl, hat Konsequenzen aus ihrem Wissen gezogen: Sie kauft zu 90 Prozent auf Flohmärkten und Second-Hand-Läden. „Das ist zwar nicht fair trade, aber es ist Recycling-Ware. Viele Marken, wo man viel zahlt, verweigern alle möglichen Auskünfte. Und wenn es Information gibt, kann man sehr viel nicht glauben. Viele meiner Freunde glauben, es sei Blödsinn, dass es solche Ausbeuterbetriebe gibt, weil sonst die Medien mehr darüber berichten müssten. Das ärgert mich dann sehr. Es ist furchtbar, dass so viele Menschen naiv sind und glauben, dass alle schlimmen Dinge, die auf der Welt passieren, auch in den Medien sind.“

Gewerkschafter Kreuzer verzeichnet aber eine leichte Trendumkehr der Auslagerungen. La Perla und Etam beispielsweise zogen ihre Produktion von China ab und verlegten sie nach Süd- und Osteuropa. „Wenn sich die Lage in Nordafrika politisch wieder beruhigt, werden viele Firmen dort produzieren. Die Zwischensaisonen werden in der Modeindustrie immer kürzer, deshalb auch wieder die Transportwege.“

Es gibt zwar immer mehr KonsumentInnen, die auf faire Produktionsbedingungen achten: Fair Trade verzeichnete 2011 ein Umsatzplus von 15 Prozent – allerdings entspricht das nur 100 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Die österreichische Textilbranche macht hingegen insgesamt vier Milliarden Euro Umsatz.

WIR HABEN DEN BEFEHL, DICH UMZUBRINGEN

Vor sechs Jahren wurde Bakary J., der sich seiner Abschiebung widersetzte, von vier Beamten der Wega in eine Lagerhalle in der Leopoldstadt geführt und gefoltert. Ihm wurden u.a. das Jochbein, das Kiefer und die Augenhöhle gebrochen. Nun wurden, sechs Jahre später, drei der vier Beamten aus dem Dienst entlassen. Im Folgenden drucken wir das Vernehmungsprotokoll von Bakary J. mit freundlicher Genehmigung der Austria Presse Agentur vom April 2006 ab.

Vernehmungsprotokoll zu den Misshandlungsvorwürfen gegen Bakary J. Zur Dokumentation im Büro für besondere Ermittlungen der Bundespolizeidirektion Wien am 10. April 2006 von 11.15 bis 14 Uhr.

"Am 07.04.2006, um ca. 05.00 Uhr wurde ich von drei Polizisten vom Arrest abgeholt und in ein Fahrzeug gebracht. Ich hatte keine Handfessel angelegt. Im Fahrzeug saß ein Polizist hinter dem Lenkrad, ein Polizist neben mir und ein Polizist hinter mir. Die Fahrt am Flughafen verlief völlig normal. Wir fuhren bis zum Rollfeld und mussten vor dem Flugzeug warten....

...Nach einigen Minuten konnten wir das Flugzeug besteigen. Im Flugzeug habe ich eine Flugbegleiterin angesprochen und dieser mitgeteilt, dass ich nicht freiwillig hier bin und meine Frau nicht weiß, dass ich abgeschoben werde. Dasselbe habe ich auch dem Piloten mitgeteilt. Der Pilot sagte dann, dass er mich nicht mitnehmen werde, wenn ich nicht will. Daraufhin begab ich mich mit den Polizisten wieder zurück in das Polizeifahrzeug und wir fuhren zurück zu der Polizeistation am Flughafen. Der Polizist der neben mir saß, ging in die Polizeiinspektion. Nach einiger Zeit

kam der Polizist zurück. Im Fahrzeug hat er dann mehrere Telefonate geführt. Er wurde auch mehrmals angerufen. Anschließend sind wir zum Hauptterminal gefahren. Derselbe Polizist ist in das Gebäude gegangen und hat irgendetwas erledigt. Ich weiß nicht, was es war. Ich glaube, dass er wegen den Tickets bzw. meinem Gepäck hinein gegangen ist.

Im Anschluss sind wir wieder zurück zu der Polizeiinspektion gefahren. Während der Fahrt zur Polizeiinspektion fragte ich den Polizisten, was mit meinem Gepäck los ist. Daraufhin sagte der Polizist der neben mir saß in einem perfekten Englisch zu mir "Heute kommt dein Ende, du wirst deine Tasche nicht mehr brauchen. Wir haben den Befehl dich umzubringen." ["Today is your end, you won't need your bag any more. We have orders to kill you"]. Der Polizist hinter mir sagte zu mir "Du Motherfucker, jetzt haben wir dich. [You motherfucker, we have got you]. Auf Deutsch sagte er: "Wir wissen, dass du nicht nach Hause willst und dass du deine Frau nicht verlassen willst." Auf Englisch hat er hinzugefügt: "But they will not see you again". Damit meinte er meine Familie. Ich fragte den Beamten neben mir: "Wer hat



Bakary J.: Bis heute keine Entschuldigung, kein permanentes Aufenthaltsrecht.

meine Ermordung angeordnet" [Who order my killing?], und er sagte: "Baden und höheren Ortes". [„Baden and above“]. Baden deshalb, weil ich in Hirtenberg war, in Baden ist mein Referent.

Der Polizist, welcher neben mir saß, ist neuerlich in die Polizeistation gegangen. Als er wieder zurückkam, führte er weitere Gespräche am Handy und ließ auch den Fahrer am Handy sprechen. Wir sind dann losgefahren Richtung Wien. Während der Fahrt auf der Autobahn hat er weitere Gespräche am Handy geführt, ebenso der Fahrer. Wir sind von der A4 auf die A 23 eingemündet und sind bei der Abfahrt Handelskai von der Autobahn abgefahren. Wir fahren bis zur Aspernallee bogen dort ein, fahren am Lusthaus vorbei, 200 Meter weiter haben wir umgekehrt und im Anschluss das Fahrzeug geparkt.

Der Polizist hat wieder mehrere Telefonate geführt. Als diese beendet waren, sind wir wieder weitergefahren, die Aspernallee zurück und weiter Richtung Freudenufer, Zinnergasse und wieder auf die A4. Wir sind dann wiederum denselben Weg gefahren: A23 - Abfahrt Handelskai (Wehlstraße). Nach ca. 50-100 Metern blieben wir unter einer zwei geteilter Brücken stehen. Unter der Brücke parkte ein weißer Lieferwagen (Van). Unser Fahrzeug hielt Seite an Seite neben diesem Fahrzeug. Es war nur ca. ein halber Meter zwischen den Fahrzeugen. Einer der Polizisten führte wieder ein Telefonat. Nach dem Telefonat stiegen alle drei Polizisten aus und ich war alleine im Fahrzeug. Das andere Fahrzeug war leer. Nach einigen Minuten kam eine weitere männliche Person dazu. Er trug keine Uniform, hatte jedoch eine Wollhaube auf seinem Kopf, welche bis zu den Augen ins Gesicht gezogen und hochgerollt war. Er war von starker Statur. Bei dem Gespräch der vier Personen hatte ich den Ein-

druck, dass sie mich in das andere Fahrzeug geben wollten. Der Mann, welcher erst jetzt dazugestoßen ist, war jedoch dagegen. Die drei Polizisten sind wieder in das Fahrzeug gestiegen. Der vierte Mann ist wieder Richtung Autobahnausfahrt weggegangen.

Der Polizist neben mir führte wieder ein Telefonat. Ich konnte jedoch nichts mehr verstehen, da der Polizist im Wiener Dialekt sprach. Wir setzten unsere Fahrt fort, bogen in den Handelskai ein und fuhren im Anschluss zu einer großen Halle. Ein Mann öffnete die Torflügel und wir fuhren in die Halle. In der Halle waren viele Säulen und es war dunkel. Der Polizist, welcher hinter mir gesessen ist hat die Torflügel wieder geschlossen, vielleicht gemeinsam mit

dem starken Mann. In der Halle sind alle Polizisten ausgestiegen und ich saß alleine im Fahrzeug. Die Beamten haben die ganze Halle abgesucht, vermutlich ob sich jemand in der Halle befindet. Der Mann, welcher die gesamte Zeit neben mir war kam zum Fahrzeug und fesselte mir mit einem roten Band bzw. Strick die Hände vor dem Körper. Er sagte: "Ich habe dir ja gesagt, das ist kein Witz, wir sind ein Spezialkommando, und wir haben Befehl, dich umzubringen [„I told you, this is no joke, we are a special squad, and we have orders to kill you“]. Er fragte dann „Kennst du Hitler [„Do you know Hitler?“] Ich verneinte und sagte "Ich habe von ihm gehört" [I heard about him] Er zog den Strick dann fest, und sagte: Hitler kill 6 million Jews, you are 6 million and one. You will see the fate of other people like you.

Er hat mich am Strick aus dem Wagen gezerrt und sagte "Now is the action!" Die Polizisten haben sich alle schwarze Handschuhe angezogen und ich wurde mit dem Seil aus dem Fahrzeug gezogen. Alle drei Polizisten sind nun auf mich losgegangen und haben mit Fäusten auf mich eingeschlagen und mit den Füßen auf mich eingetreten.

Als ich bereits am Boden lag, traten die Polizisten weiter auf mich ein. Der Polizist, welcher im Fahrzeug neben mir saß, zog mich in die Höhe, zerrte mich in eine Ecke und sagte zu mir "sag dein letztes Gebet und dreh dich nicht um" (Say your last prayers, and never look back!). Ich habe um Gnade gebeten, meine Frau wisse gar nicht, dass ich hier bin, er solle meine Familie nicht zerstören. (Don't destroy my family!) Er sagte zu mir nur "bete". Ich habe zu Gott gebetet. Der Mann der im Fahrzeug hinter mir saß, kam nun auch zu mir, hielt etwas in der Hand, ich glaubte es war eine Granate oder Gasgranate. Er fragte mich, kennst du das. (Do you know this?)

Ich habe nicht darauf geantwortet. Dieser Mann hat sich wieder von mir entfernt.

Alle drei Polizisten sind jetzt einige Meter hinter mir gestanden, und ich glaubte nun, dass sich jetzt auf mich schießen werden. Der vierte Mann, welcher ebenfalls in der Halle war, er stand jedoch etwas abseits, unterhielt sich mit den anderen Männern. Ich hatte den Eindruck, dass dieser Mann dagegen war. Zwei Polizisten sind zu mir gekommen, ich kann nicht sagen, welche, ich hatte meine Augen geschlossen, und haben mich an meinen Handfesseln in Richtung Tor gezerrt, sodass ich am Boden nachschleifte. Sie haben mich dann auch den Boden gesetzt, mit dem Gesicht zum Fahrzeug, nach einiger Zeit habe ich mich umgedreht und sah, dass der Fahrer, jener welcher auch vorher das Fahrzeug gelenkt hatte, wieder in das Fahrzeug eingestiegen ist. Er ist mit dem Fahrzeug im Rückwärtsgang auf mich zugefahren und hat mich am oberen Rückenbereich und meinem Genick angefahren, dass ich nach vorne gefallen bin. Dabei habe ich mir den Kopf am Betonboden angeschlagen und habe mir die Verletzung auf meinem Kopf zugefügt. Außerdem hatte ich Schmerzen im Rückenbereich. Jetzt haben sie untereinander geredet und ich hörte das Wort "Fluchtversuch". Sie müssen mich für tot gehalten haben.

Sie haben mich vom Boden aufgehoben und in das Fahrzeug gelegt. Nicht auf den Boden, so halb auf die Sitze. Ich habe nicht gesehen, wer das getan hat, habe meine Augen geschlossen gehabt, da ich nicht wollte, dass sehen, dass ich noch lebe. Wir fahren dann los. Der Polizist neben mir sagte zum Fahrer, er soll langsam fahren. Ich glaube, er wollte, dass ich sterben soll. Ich blutete am Kopf sehr stark. Ich habe tief einatmen müssen und einer der Polizisten sagte, er überlebt. Ein anderer sagte "unglaublich". Ich sagte leise, "ich bin tot, bringt mich ins Krankenhaus." (I'm dead, take me to hospital!) Der Polizist neben mir sagte zum Fahrer, dass er jetzt schneller fahren soll, er schafft es nicht. Es ist besser, wenn er tot ist im Spital. Der Polizist neben mir hat nun versucht, mir die Handfesseln (Strick) abzunehmen. Der Strick war jedoch so fest ange-

bracht, dass es der Polizist erst kurz vor dem Krankenhaus schaffte.

Im Krankenhaus wurde ich auf eine Barre gelegt. Die Barre wurde von Zivildienstern geschoben. Zu diesen habe ich gesagt, dass ich nicht mehr zur Polizei zurück will, da mich diese umbringen würden. Ich wurde auf die Intensivstation gebracht. Ich habe dann gesagt, dass die Polizisten Mörder sind und dass sie mich mit dem Fahrzeug in einer Lagerhalle angefahren haben. Ich wurde geröntgt und es wurde mir ein Schmerzmittel und eine Tetanusinjektion verabreicht. Ich habe auch eine Stütze für den Hals bekommen. Nachdem die Untersuchung beendet war, wurde ich wieder an die drei Polizisten übergeben. Ich wollte nicht zurück, da mich die Polizisten umbringen wollten. Es wurde jedoch nicht auf mich gehört. Wir waren ca. 45 Minuten im Krankenhaus.

Die Polizisten haben mich wieder zurück in das Fahrzeug gebracht. Sie haben mir helfen müssen, da ich nicht stehen konnte. Als wir außer Sichtweite waren, hat mir der Polizist neben mir die Halsstütze vom Hals gerissen und sagte zum, dass ich sterben werde. Er hat weiters gesagt, dass ich sterben werde, wenn ich jemanden erzähle was passiert ist und dass ich keine ärztliche Hilfe bekomme. (I told you, you will die. If you say to anybody what happened you're going to die. You'll have no medical treatment).

Als ich wieder ins Polizeigefangenenhaus gekommen bin, fragte ich um meine Halsstütze. Ich habe sie jedoch nicht bekommen. Ich hörte, dass alle nur von einem Fluchtversuch gesprochen haben. Ich wollte meine Frau anrufen. Es wurde mir jedoch nicht gestattet. Am selben Tag wurde ich auch noch im Gefangenenhaus einem Arzt vorgeführt. Als ich zum Arzt kam, haben bereits die drei Polizisten mit dem Arzt gesprochen. Ich habe dann den Arzt um eine Halsstütze ersucht und er hat gesagt, dass ich gar nichts bekomme, da ich einen Fluchtversuch unternommen habe. Die Beamten haben alle nur gelacht, und ich wurde in eine Einzelzelle gebracht."

Ursprünglich wurden die vier Wega-Beamten, wie Florian Klenk im „Falter“ berichtete, gerichtlich zu mehrmonatigen bedingten Haftstrafen verurteilt. Die Disziplinaroberkommission, im Bundeskanzleramt angesiedelt, sprach sich nicht für die Entlassung der Beamten aus, sie wurden teils in Frühpension geschickt, und arbeiteten nebenbei als Leibwächter und Fitnesstrainer. Die Kommission sah ihr Urteil darin begründet, dass die Folter „eine allgemein begriffliche heftige Gemütsbewegung“ gewesen sei und damit mildernd zu beurteilen sei. Sechs Jahre später wurden, nachdem der Verwaltungsgerichtshof diesen Bescheid schon drei Jahre zuvor aufgehoben hatte, drei der vier Beamten aus dem Dienst entlassen. Der vierte Beamte erhielt eine Geldstra-

fe. Die Kommission soll 2014 abgeschafft werden. Bakary J. lebte zum Zeitpunkt seiner versuchten Abschiebung seit zehn Jahren in Österreich, war seit sechs Jahren verheiratet, hatte zum damaligen Zeitpunkt zwei minderjährige Kinder, beide österreichische Staatsbürger. Er sollte abgeschoben werden, weil er der Aufforderung, der Bezirkshauptmannschaft Baden seinen Pass vorzulegen, nicht nachkam. „Aus diesem Grund gab es keine andere Möglichkeit, als ein Heimreisezertifikat anzufordern“, sagte die damalige Innenministerin Liese Prokop im Juli 2006 im Österreichischen Parlament. Bei Bakary J. hat sich bis heute niemand entschuldigt. Er erhielt keine finanzielle Gutmachung. red

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



EIN NEUES HAUS...

Frau Bock ist übersiedelt. Aus dem alten, sanierungswürdigen Haus beim Karmelitermarkt nach Favoriten, etwas weiter draußen, bei der Raxstraße, in die Zohmanngasse, wo sie lange ein Jugendheim leitete. Ruhig ist es im Haus und schön, alles neu, vom Herrn Haselsteiner zur Verfügung gestellt. Wir haben 70 Zimmer, jedes ist 10 bis 12 Quadratmeter groß. Da ist ein Kasten drin, ein Bett, ein Tisch, Sessel, ein Wassereck. Ganz einfach. In jedem Stock sind zwei Duschen, zwei WC-Anlagen, zwei Teeküchen, wo man sich was kochen kann. Ein Eiskasten ist auch im Zimmer. Und dann haben wir noch eine große Küche, falls wir einmal ein Gemeinschaftskochen machen. Die Zimmer sind für Einzelpersonen, das wollte ich schon immer. Wenn Familien Hilfe brauchen, kümmert man sich natürlich um die, schaut, dass man sie unterbringt. Übrig geblieben sind dann immer die Alleinstehenden. Der Vorteil in dem Haus hier ist, dass die Leute andere in ihren Zimmern besuchen können und nicht dort sein müssen, wie in Wohngemeinschaften. Wenn er seine Ruhe haben will, dann kann er auch wieder gehen. Wenn jemand geflüchtet ist, ist er nervlich nicht immer im besten Zustand, die Leute sind belastet.

Bei Vielen, die um Asyl angesucht haben, geht es genau dann schief, wenn sie es bekommen. Dann fallen sie aus der Grundversorgung, haben keinen Wohnplatz, fin-

den auch nicht gleich Arbeit. Dann sind die Leute zwar glücklich, aber eben auch gefährdet. Das ist der Moment, wo man ihnen helfen muss. Früher hab ich mir fünf Jugendliche geschnappt, bin mit denen aufs Arbeitsamt gefahren und so lang dort sitzen geblieben, bis die eine Arbeit bekommen haben. Drei sind dann picken geblieben, bei zwei hat's nicht so gut funktioniert, die hab' ich beim nächsten Mal wieder mitgenommen. So möcht' ich das jetzt auch versuchen. Ich will, dass die Leute eine Ausbildung machen und dann arbeiten können. Dass sie nur ja keinem Menschen zur Last fallen, schön brav ihre Steuern zahlen und in die Gebietskrankenkasse einzahlen.

...UND ALTE BEKANNTE

Wie die Betten gekommen sind hab ich acht Leute herüber geschickt, die eh nix zu tun haben, weil sie ja nicht arbeiten dürfen, dass sie die Betten hinauftragen. Was macht die Polizei? Kommt her, verhaftet sie, überprüft sie am Kommissariat und lasst sie dann wieder frei. Ich war auf der Polizei für ein Gespräch, weil sie wissen wollten, wie das jetzt wird, ob sie die Wachstube verstärken sollen und was weiß ich noch. Natürlich ist es mehr Arbeit für die Polizei, weil die Leute müssen sich ja regelmäßig melden. Jedenfalls fragt mich ein Beamter: Wie geht's mit der Übersiedlung? Sag ich: schleppend. Fragt er, warum? Sag ich: Na, wenn Sie je-

den Tag ein paar Leute verhaften, komm' ma ned weiter.

KINDER AUF DER STRASSE

Eine Familie mit fünf Kindern, die sind von Traiskirchen davon. Wir wollten sie überreden, dass sie zurückgehen, das ist uns aber nicht gelungen. Die haben schon zwei Nächte auf der Straße geschlafen. Naja, jetzt schlafen sie noch einmal auf der Straße. Das ist eine tschetschenische Familie, die soll nach Polen zurückgeschickt werden. Die Leute haben wahnsinnige Angst vor dem russischen Geheimdienst in Polen. Jedenfalls ist noch die Berufung im Gang, aber nach der letzten Gesetzesnovelle darf man die Leute ja nach dem zweiten negativen Bescheid abschieben. Auch wenn die Berufung in der letzten Instanz positiv entschieden wird. Das furchtbarste ist, was man den Kindern da antut.

DU BIST KEIN MENSCH

Ein Mann ist in Traiskirchen bei der Einvernahme, der Beamte behandelt ihn herabwürdigend. Daraufhin sagt der Mann, er soll ihn menschlich behandeln. Da nimmt der Beamte das Glas Wasser, das er dort stehen hat, und schüttet es ihm ins Gesicht und sagt: „Du bist aber kein Mensch.“ Das ist doch furchtbar. Mir hat das der Begleiter von dem Mann erzählt. Dass der Beamte sich traut, so etwas vor Zeugen zu tun, zeigt, wie sicher der sich fühlen muss.

POPULÄR GESEHEN

Bankraub und Espressokanne

Bankraub heißt, dass Gratis-sitzen verdächtig ist. Vom Verlust von Lebensqualität.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Wovor ich warne, wurde ich gefragt. Und was ich empfehlen könnte. Ich entschied mich für den Tagestest. Also in der Früh aufstehen und beobachten was mir stinkt – und schauen was gut tut. Am Abend war mir klar: Ich warne vor Bankraub.

Denn: Es werden „Sitzverhinderungsmaßnahmen“ gesetzt. So heißt das im Behördensprech. Der Bankraub begann in den U-Bahnstationen vor einigen Jahren. Kaum oder gar keine Sitze mehr. Keine Bank weit und breit. Und das „breit“ ist ja das Feine. Aber auch in anderen öffentlichen Räumen und auf Plätzen werden die Banken geraubt: Auf Einkaufsstraßen, in der Innenstadt, auf und vor Bahnhöfen. Bankraub heißt, dass Gratis-sitzen verdächtig ist. Verweilen können, schauen, warten ohne zu konsumieren, sitzen ohne zu kaufen. Gratissitzen also. Das ist ein Stück Lebensqualität; und außerdem auch ein Grundrecht für alle, die nicht so schnell sein können: Leute mit Behinderungen, ältere Menschen und Leute ohne viel Geld. Und das geht schon gar nicht. Da geht's den falschen Banken an den Kragen. Die einen Banken mit Geld werden gerettet, die anderen für Menschen ohne Geld werden verräumt.

Was ich hingegen wärmstens empfehle ist der Espressokocher. Das ist jenes feine Gerät, das schnell, einfach und duftend Kaffee allein mit Wasserdampfdruck macht. Mokkaanne sagt ein Freund dazu, auf Caffettiera hört es in Italien,



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Steigrohrmaschine nennt es die Technikerin. Egal. Ich hab einen Espresso-kocher mit den klassischen Eckformen, wie sie schon seit seiner Erfindung in den 1930er Jahren produziert werden. Die gibt's für einen ganz allein, dann für zwei Tassen, Modelle für mehr und ganz riesige für ganz viele. Unten Wasser rein, ins Sieb Kaffeepulver und dann auf den Herd. In der Sozialberatung, wenn grad wer kommt mit allem, was schwer ist und drückt, dann hole ich die Tassen und den Espressokocher. Mit 1,5 Bar Druck sprudelt der Kaffee oben heraus, gluckst zuerst, zischt und faucht am Schluss. Das bricht das Eis, so redet sich's einfach besser. Und der Espressokocher tut seines dazu: Während der Druck in seinem Inneren steigt, sinkt er bei uns.

SONDERECHE

Einfluss aufs Spiel nehmen

Was der Gesetzgeber von Brettspiel-EntwicklerInnen lernen kann, darüber hat ein junger Münchner auf der Konferenz re:publica 12 in Berlin nachgedacht.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Sie kennen Monopoly: Wenn der erste Spieler sich sofort alle großen Straßen unter den Nagel reißt und die anderen nur noch abzockt, dann können die das kaum mehr aufholen.“ Der Münchner Marcel-André Casasola Merkle entwickelt Brettspiele. Bei einer Konferenz überlegte er, was die Politik von seiner Zunft lernen kann. Denn die deutschen EntwicklerInnen zählen weltweit zu den innovativsten. Seit dem Klassiker Monopoly haben sie noch dazu gelernt. Im Gegensatz zur Politik sind sie gezwungen, die Regeln so zu gestalten, dass SpielerInnen den Karton nicht frustriert in die Ecke werfen.

Der Startvorteil der ersten SpielerIn gehört zu den größten Herausforderungen für Spiele-EntwicklerInnen. Die Dynamik des Spiels führt oft dazu, dass sich ein Vorsprung über die Spieldauer verstärkt und ab einem bestimmten Punkt kaum mehr umkehrbar ist. Es werde als frustrierend und ungerecht erlebt, erklärt Merkle, wenn der Verlauf davon abhängt, wer als erstes beginnt. Die Spiele-GestalterInnen haben darauf mit unterschiedlichen Strategien reagiert. „Schon vor Jahren wurde am Brettspiel-Sektor das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt“, schmunzelt Merkle. Wenn in jeder Runde neues Kapital ausgegeben werde, dann sinke die Gefahr massiv, dass einzelne SpielerInnen den Anschluss verlieren. Eine andere Strategie besteht in der Trennung des Spielgelds in Investition und Gewinn. Mit zwei un-

ANDERS GESAGT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

terschiedlichen „Währungen“ kann der Gewinn erfolgreicher SpielerInnen nicht mehr reinvestiert werden. Das verhindert Dynamiken, die Mächtige immer mächtiger werden lassen. Wie das auf die Politik umzulegen wäre, weiß Merkle selbst noch nicht, aber: „Zentral ist das Gefühl von Selbstwirksamkeit. Menschen müssen das Gefühl haben, dass ihr Handeln Einfluss auf den Verlauf des Spiels hat.“ Der Spiele-Gestalter testet seine Regeln mit mehreren Gruppen, bevor ein Spiel produziert wird. Dabei beobachtet er, welche Wirkung die Regeln haben, und ob sich die SpielerInnen an die Spielanleitung halten. Ein Spiel, das als gerecht empfunden wird und dessen Regeln anerkannt werden, verbindet laut Merkle auf ideale Weise Elemente des Zufalls, der Geschicklichkeit und des „sozialen Ausgleichs“. Abgeschlagene SpielerInnen, die die Regeln als ungerecht empfinden, können sich Brettspiel-MacherInnen einfach nicht leisten.

Was heißt hier Integrationsprobleme?

Beim Bildungserfolg spielen Milieu UND Migrationsgeschichte eine wichtige Rolle.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN.
Illustration: Petja Dimitrova



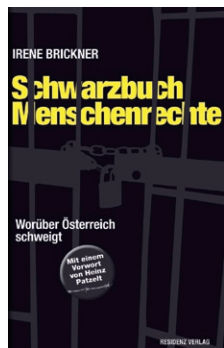
Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

Viele Problemfelder die als „Integrationsprobleme“ in den Medien behandelt werden, sind keine neuen Phänomene, die ausschließlich in der modernen Migrationsgesellschaft anzutreffen sind. Besonders deutlich wird diese leidige Schwerpunktsetzung in der Diskussion um das schlechte schulische Abschneiden der Jugendlichen mit Migrationsbiographien. In Studien werden sie mittlerweile gesondert erhoben und innerhalb der „bildungsfernen Schicht“ als besonders problematisch verortet. Das stimmt auch – allerdings nur wenn man an der Oberfläche des Problems bleibt. Tatsache ist, dass der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen in Österreich stark mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zusammenhängt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung befähigt werden, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist bei uns geringer als in vielen anderen OECD-Staaten. Der Migrationshintergrund der Kinder der zweiten Generation kommt als erschwerender Faktor hinzu. Nicht nur, dass sie von unserem aufstiegsfeindlichen Schulsystem gleichermaßen betroffen sind, landen sie auch öfter in Sonderschulen und haben öfter Probleme bei der Suche nach einer Lehrstelle. Trotz der erschwerten Startbedingungen, etwa was den sozioökonomischen Hintergrund der Eltern betrifft oder fehlende Sprachkenntnisse zu Schulbeginn, kann von einem grundsätzlichen Versagen der

zweiten Generation keine Rede sein. Rund die Hälfte der Eltern, die ihre Ausbildung außerhalb der EU-15 und EFTA-Staaten absolviert hatte, verfügt nur über einen Pflichtschulabschluss. Von den Kindern dieser Generation absolvierten nur noch 28 Prozent lediglich die Pflichtschule, die große Mehrheit aber hat einen darüber hinausgehenden Bildungsgrad erlangt. Das entspricht einer deutlichen Besserstellung. (Zitiert nach August Gächter, Zentrum für Soziale Innovation, Oktober 2010) Die Statistik zeigt, dass ein sozialer Aufstieg auch für Migrantenkinder in Österreich möglich ist. Für die Tagespresse scheinen die Zusammenhänge aber zu komplex zu sein – selten wird die Lage differenziert dargestellt. Dafür werden mit Begriffen wie „Problemgruppe“ Schlagzeilen gemacht, und die Schnellschüsse der Politik dankbar übernommen. Zuletzt passiert in der Debatte über die Bestrafung so genannter Schulschwänzer. Da hieß es, der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter Schulschwänzern, -verweigerern und -abbrechern sei auffällig hoch. Das ist zu kurz gedacht. Wer aus einem niedrigen Milieu stammt – gleichgültig ob mit oder ohne Migrationshintergrund –, wird stets die gleichen Probleme im Bildungsbereich haben. Debattiert man also über Integration durch Bildung, sollte man nicht die Frage Milieu *oder* Migration aufwerfen, sondern sollte Milieu *und* Migrationsgeschichte als Determinanten einer mehr oder minder gut gelingenden Integration verstehen.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Schwarzbuch Menschenrechte

Irene Brickner wird in ihrer journalistischen Arbeit fast täglich mit neuen Fällen von Menschen konfrontiert, deren Menschenrechte nicht oder nicht

ausreichend beachtet werden. Durch ihre konsequente Aufdeckungs- und Informationsarbeit ist die Redakteurin von „Der Standard“ inzwischen selbst zu einer menschenrechtsjournalistischen Instanz in Österreich geworden. „Schwarzbuch Menschenrechte“ beginnt mit einer Person, die keine Vorzeigmigrantin ist und die von Staatssekretär Kurz mit Sicherheit nicht zu einer „Integrationsbotschafterin“ ernannt werden würde. Ariana erhielt im Jahr 2000 in Österreich Schutz, weil sie sich in ihrem Herkunftsland, wo sie ein Opfer von Kinderprostitution war, in akuter Lebensgefahr befand. Zwölf Jahre danach hat Ariana in Österreich noch immer keine Aufenthaltssicher-

heit, obwohl sie inzwischen fast ihr halbes Leben hier verbracht hat. Woran liegt das? An Ariana, die wegen Betrugs rechtskräftig verurteilt wurde, oder an einer Politik, die Gesetze beschließt, die für Menschen bei einem Vergehen selbst nach langjährigem Aufenthalt in Österreich kein Recht auf Sicherheit, auf Arbeiterlaubnis und Lebensperspektive vorsehen? Sicherlich würde eine kluge, realitätsnahe Gesetzgebung auch bei persönlichen Verfehlungen Chancenkorridore öffnen, Brickner zeigt, wie man in Österreich gegen verschlossene Türen rennt. Nun steckt die Frau im Niemandsland fest, kann weder vor noch zurück.

Es sind eindrückliche Fall-

beispiele wie diese, mit denen Brickner unter Mithilfe von ExpertInneninterviews dokumentiert, wie groß das aufenthaltsrechtliche, soziale und demokratiepolitische Niemandsland in Österreich ist. Sie veranschaulicht, wie schwierig es für Betroffene, für Hilfeleistende aber auch für Behörden ist, mit rücksichtslosen und realitätsfremden Gesetzen umzugehen. Brickner verschont in ihrem Buch wie auch in ihrer journalistischen Alltagsarbeit weder Politik noch ihre eigene Zunft, die Medien. *apo*

Irene Brickner

Schwarzbuch Menschenrechte
Residenz Verlag, St. Pölten
220 Seiten. 21,90 Euro

BUCH



Die Integrationslüge

Ein Problem der Migration stellt sich als Problem sozialer Benachteiligung heraus, egal ob es um Arbeit, Bildung oder Gesundheit geht. Das ist die Kernthese von Eva Maria Bachinger und Martin Schenk, die sie in ihrem Buch „Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Debatte“ durch

spannend erzählte Geschichten und Analysen belegen. „Zum Ausländer wird, wer auf Distanz gehalten werden soll“, sagen die Journalistin und der Sozialexperte. Wenn sich die Kluft zwischen arm und reich vergrößert und auch die Mittelschicht zunehmend von Verarmung bedroht ist, nimmt die Verachtung für diejenigen zu, die wenig haben. Es seien daher nicht primär die „Modernisierungsverlierer“, die xenophob agieren, sondern gerade die gebildeten Schichten. Die Abwertung der „Überflüssigen“ schreiben sie, ist „zunehmend ein Elitenproblem“. Die Kulturalisierung des Integrationsbegriffs diene schließlich dazu, „nicht über Menschen- und Bürgerrechte reden zu müssen“. Zum Beispiel in Bezug auf menschenwürdige Arbeit: Die AutorInnen erzählen von Marian, die aus Nigeria stammt und in Österreich

um Asyl angesucht hat. Weil sie als Asylwerberin nicht arbeiten darf, verkauft sie die Zeitschrift Augustin. Wie lange sie in dieser Ungewissheit noch bleiben muss, ist offen. Sahid Haroun Sahebzada hingegen arbeitet im Café Leopold im Museumsquartier als Küchenhilfe, er ist ein Jurist aus Afghanistan. Er hat auf Baustellen gearbeitet, als Reinigungskraft und in Küchen. „Für mich ist es vorbei“, sagt er. Er setzt alles auf seine Kinder, die gute Schulabschlüsse machen und studieren sollen. Auch wenn die Debatte um Deutschkenntnisse etwas anderes suggeriere, sei die Bildung eigentlich nicht das Problem der MigrantInnen, schreiben Bachinger und Schenk. Die Verwertung der Bildung sei das eigentliche Problem. MigrantInnen wird die Integration verwehrt, weil man sie nicht teilhaben lassen will. Die Politik, konstatieren

die AutorInnen, agiere scheinheilig: „Wenn mehr qualifizierte Zuwanderung gefordert wird, dann muss man zumindest darauf hinweisen, dass es seit zwanzig Jahren gibt.“ Durch Integration könne die soziale Schieflage jedenfalls nicht gelöst werden. „Es ist hilfreicher, nicht von nebulösen Kulturen, sondern vom Tun der Menschen unter bestimmten Lebensbedingungen auszugehen“, resümieren Bachinger und Schenk. Tue man das, so müsse man auch den Migrationsbegriff überdenken. *Kenzie Strauß*

Eva Maria Bachinger,
Martin Schenk

Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung
Deuticke Verlag, Wien
208 Seiten. 18,40 Euro

Integration als Herzensangelegenheit

Von der Flüchtlingsbetreuerin zur Flüchtlingslobbyistin.
Andrea Eraslan-Weninger, Geschäftsführerin des Integrationshauses kämpft für die Belange von AsylwerberInnen.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE

Es begann mit einer Stellenausschreibung. Eine Führungspersönlichkeit wurde gesucht, die die Idee eines Integrationshauses in die Praxis umsetzen sollte. Über 70 KandidatInnen fühlten sich berufen – die Wahl fiel auf Andrea Eraslan-Weninger. Das war 1994. Auch heute noch führt die ausgebildete Sozialarbeiterin und studierte Organisationsentwicklerin die Geschäfte des Integrationshauses. Mit Freude, wie sie sagt, denn der Job macht Spaß, weil sie „sinnvolle Arbeit“ leisten kann. Das Integrationshaus beherbergt, betreut und berät Flüchtlinge, Traumatisierte, psychisch und physisch Kranke, Alleinerziehende, Schwangere und andere Menschen, die Schutz und Hilfe brauchen. Die gebürtige Niederösterreicherin ist in ihrer Funktion als Geschäftsführerin größtenteils mit dem Personalmanagement, der Organisation und Weiterentwicklung von Projekten, dem Aufbringen von Geldern und natürlich politischer Lobbyarbeit beschäftigt. Die Kontakte zu den Flüchtlingen im Integrationshaus sind alltäglicher Natur. „Man trifft sich im Lift oder auf der Treppe“, sagt Eraslan-Weninger. Oder bei einer der vielen gemeinsamen Veranstaltungen, die organisiert werden. Aber die aktive Betreuung gehört nicht zu ihrem Aufgabenbereich. Das war nicht immer so. Nach der Ausbildung zur Sozialarbeiterin arbeitete Eraslan-Weninger drei Jahre lang als Flüchtlingsberaterin im Rahmen des Sozialamts. „In dieser Zeit habe ich begonnen mich in diesem Bereich politisch zu engagieren“, erzählt sie.



Eraslan-Weninger: setzt auf Information und Aufklärung.

1983 war sie eine der MitbegründerInnen des Vereins zur Betreuung von Ausländern und Ausländerinnen (später: „Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen“), der ersten mehrsprachigen arbeitsmarktpolitischen Beratungseinrichtung. Acht Jahre lang blieb sie dort. Neben der Beratung zählten auch das Verfassen von Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und die Entwicklung von Vorschlägen für arbeitsmarktpolitische Bildungsmaßnahmen zu ihrem Aufgabenfeld. An der Akademie für Sozialarbeit bekam sie 1990 einen Lehrauftrag und unterrichtete über Flucht und Migration. So viel zu ihren Tätigkeiten vor dem Inte-

grationshaus. Eine Vorstellung von einem möglichen „nach dem Integrationshaus“ hat Eraslan-Weninger noch nicht. Es müsste so wie ihre momentane Aufgabe eine „Herzensangelegenheit“ sein, sagt sie. Es sind eben auch emotionale Themen, mit denen sich die Ehefrau und zweifache Mutter beschäftigen muss und will. Besonders frustrierend – Schubhaft und Abschiebung. „Asylwerber dürfen nicht in Schubhaft gesperrt werden. Flucht ist kein Verbrechen“, kritisiert Eraslan-Weninger. Doch es ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung der sich wie sie dagegen auflehnt, denn das Image von Asylwerbern und Flüchtlingen ist auf einem Tiefpunkt. „Es liegt an der Sündenbockpolitik der FPÖ, in die immer wieder auch gerne andere PolitikerInnen mit einstimmen“, meint Eraslan-Weninger. Was die Menschen bräuchten seien „aufklärende Informationen.“ Deshalb setzt das Integrationshaus auch auf Informationskampagnen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Seit dem Fall des Eisernen Vorhang werde auf Migration von politischer und gesellschaftlicher Seite stark mit Abwehr reagiert. Eraslan-Weninger plädiert für einen Paradigmenwechsel und die „Beseitigung struktureller Diskriminierungen und eine menschwürdige Aufnahme-, Asyl- und Integrationspolitik.“ Genau das möchte das Integrationshaus vorantreiben. Ob sich die Geschäftsführerin nicht auch in einem politischen Amt für die Belange von MigrantInnen einzusetzen könnte? Das, so Eraslan-Weninger sei „grundsätzlich vorstellbar.“

POPULÄRKULTUR

BUCH



Vernebelt sind alle Hirne

Er war Justizinspektor in einer Kleinstadt in Hessen und Sozialdemokrat, vor allem aber ein kritischer Geist, der seine Gedanken über den Nationalsozi-

alismus aufzeichnete. Besondere Einblicke in das Dritte Reich hatte Friedrich Kellner nicht, er machte sich lediglich ein Bild aus dem, was in der gleichgeschalteten Presse berichtet wurde, was er aus seinem Umfeld hörte und was er sonst noch an Informationen bekommen konnte. Genau das macht den außergewöhnlichen Wert dieser Tagebücher aus: Sie sind keine literarische Verarbeitung eines Intellektuellen, keine Aufzeichnung aus einem Versteck, nur das, was jemand mit seinem Verstand begriff, hinterfragte, notierte, kritisierte. Dementsprechend auch der Titel der frappierenden Tagebücher, die Kellners Enkel aus Texas fand und die der Wallstein-Verlag dankenswerter Weise in

der mittlerweile vierten Auflage zur Verfügung stellt: „Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne“. Als Kellner in der Zeitung liest, Südosteuropa sei nun von den Juden „bereinigt“, 65.000 Menschen abtransportiert worden, kritzelt er an den Rand der Zeitungsausschnittes „wohin“? Als im Jänner 1943 die Heeresberichte von schweren Kämpfen an der Ostfront berichten, findet Kellner das sonderbar, war die russische Armee doch bereits unter dem Druck der Wehrmacht zusammengebrochen. Im Dezember 1943 schreibt er darüber, wie die Wehrmacht „sengend, plündernd und mordend in Europa umherzieht“, ausgerechnet aber „die Kultur der europäischen Völker schützen“ soll. Wer bei Kellner

nachliest, kann das Bild einer unwissenden Bevölkerung kaum aufrecht erhalten. Am 28. März 1945 notiert er über die Reste des Dritten Reichs: „Das, was wir an uns vorüberziehen sehen, war also ein Bestandteil jener deutschen Armee, die als Landräuber auszog, um andere Länder auszurauben, auszuplündern... und den deutschen Namen auf ewige Zeit zu schänden. Hoffentlich finden sich unbelastete Teilnehmer, die der Nachwelt die nackte Wahrheit verkünden. Das ist mein heißester Wunsch.“ *gun*

Friedrich Kellner
Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne. Tagebücher 1939-1945
 Wallstein Verlag, Göttingen
 1130 Seiten. 59,90 Euro

CD



Workers Rights

Radio Orange hat eine CD mit sechs Beiträgen aus ihrer Reihe „Globale Dialoge“ herausgebracht. Auf „Workers Rights are Human Rights“ sind sechs Portraits von Frauen zu hören, die sich kritisch mit gesellschaftlichen und Arbeitsfragen in ihren Ländern auseinandersetzen. Darunter ein Interview mit der Menschenrechtsaktivistin Sonia Pierre, die sich mit der Situation der dominico-haitianischen Bevölkerung beschäftigt, die auf

Plantagen, in Fabriken und im Tourismus der Freihandelszone arbeiten, vielfach unter Verwehrung ihrer Grundrechte. Das Feature mit der ägyptischen Filmemacherin Amal Ramsis erzählt vom Wandel der Zeit. Würden unter Nasser noch zahlreiche Gesetze zur Gleichstellung von Frauen beschlossen, gegen die die Männer nichts einzuwenden hatten, ist Ägypten heute wesentlich religiöser. Die Revolution von damals ist lange her, die

Leute sind ärmer, Frauen werden vom konservativen Establishment eingengt, wiewohl dennoch die Mehrheit der Frauen in Ägypten – neben den Männern – arbeitet, um die Familien durchzubringen. Ramsis gibt Einblicke in das Land heute. *red*

Workers Rights are Human Rights
 Sechs Hörbeiträge zu Arbeitswelten von Frauen
 Erhältlich bei: Radio Orange
<http://globale-dialoge.094.at/>

20. Juni European Umbrella March

Mit Asylsuchenden wird immer wieder Politik gemacht. Dagegen soll auch heuer wieder ein klares Bekenntnis zum internationalen Flüchtlingsschutz abgegeben werden. Am 20. Juni, dem internationalen Tag des Flüchtlings, ruft die asylkoordination zur Teilnahme

am „European Umbrella March“ auf. Die Aktion wird von Partnerorganisationen in mehreren europäischen Staaten zeitgleich veranstaltet. Die Bitte der VeranstalterInnen: Unterstützen Sie unseren Aufruf, leiten Sie ihn an Ihre Bekannten und KollegInnen weiter! Und Schirme mitbringen! Genauere Infos erhalten sie bei der asylkoordination Österreich. www.asyl.at



POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Krieg der Reichen gegen die Armen

Soziale Spaltungen, hervorgerufen durch einen entfesselten Kapitalismus, stehen im Zentrum des neuen Buchs der Journalistin Kathrin Hartmann. Die Schauplätze sind Deutschland, Europa und – stellvertretend für die „Werkbänke“ Europas – Bangladesch. Die Wut und Empörung, die dieses Buch auszulösen vermag, nähren sich ganz klar aus den Widersprüchen des gegenwärtigen Kapitalismus: Die Kluft zwischen armen und reichen Menschen wird größer, prekäre Arbeitsverhältnisse nimmt zu, während Unternehmen auf „sozial“ oder „grün“ machen und sich billig ein gutes Image verpassen. Die Politik hingegen spielt laut Hartmann eine verwirrende Rolle: Vor kurzem noch veranlasste sie selbst die Deregulierung der Finanzmärkte und die „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte. Heute spricht sie von „gierigen Bankern“, während sie die Banken dennoch mit frischem Geld rettet. Während verarmte Menschen von Tafeln leben und teils unglaublichen Restriktionen von Hartz IV entsprechen müssen, ziehen wohlhabende Menschen nach Kreuzberg, um sich in Gated Communities aus bewehrter Distanz das Großstadtgefühl zu ge-

ben. Immobilienmakler drängen Geringverdiener aus dem Prenzlauerberg, während die neue Bourgeoisie dort einzieht um in den Straßencafés einen Caffè Latte zu schlürfen. Der Sozialstaat ist de facto abgeschafft. Soziales Engagement wertet in Form von karitativen Privatveranstaltung oftmals jene symbolisch auf, die von deregulierten Finanzmärkten, niedrigen Steuern und Löhnen profitieren. In einem schonungslosen Bild entwirft „Wir müssen leider draußen bleiben“ eine Topografie der neuen Armut in der Konsumgesellschaft. Dass diese Verhältnisse nicht zufällig entstanden, sondern Methode haben, führt Hartmann in ihrem Buch aus. „Das Ergebnis: Eine riesige Reservearmee billigster Arbeiter, die so gebrochen, müde und angstzerfressen ist, dass sie ganz sicher nicht mehr aufmuckt, auf der einen Seite, auf der anderen eine verunsicherte Mittelschicht, die nach oben buckelt und nach unten tritt. Darüber: Wirtschaftsmächte, die die Kluft zwischen Arm und Reich mit ‚sozialem Engagement‘ auffüllen, um davon abzulenken, dass sie nicht bereit sind, faire Löhne und angemessene Steuern zu zahlen.“ Für die soziale Katastrophe hat Hartmann keine Lösung. Sie verweist auf die Occupy Bewegung und ruft im Schlusssatz zum Widerstand gegen die Ausbeutungsverhältnisse auf: „Wir sind viele, wir haben nur uns. Es ist genug für alle da. Lassen wir uns nicht zu Söldnern im Krieg der Reichen gegen die Armen machen – sondern leisten wir gemeinsam Widerstand.“ *Kenzie Strauß*

Kathrin Hartmann
Wir müssen leider draußen bleiben. Die neue Armut in der Konsumgesellschaft
 Karl Blessing Verlag
 416 Seiten. 19,50 Euro



Foto: Lydia Matzka-Saboi

LISTEN 2 X 5 DINGE UND SONST?

Eva Maria Bachinger ist freie Journalistin, Autorin von „Die besten Bergsteigerinnen der Welt“ und „Die Integrationslüge“ (gem. mit Martin Schenk) und ständige Mitarbeiterin von MO.

5 Phänomene, auf die ich gerne verzichte:

- 1 A „g’sunde Watschn“
- 2 Starkult
- 3 Autos immer und überall
- 4 Konsumwahn
- 5 Ständige Erreichbarkeit

5 Dinge, die ich keinesfalls vermissen möchte:

- 1 die Wüste
- 2 die Berge
- 3 die Stille
- 4 Kinderlachen
- 5 Bücher

Und sonst?

„Beharre mit einem Lächeln“



Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

MACHEN WIR UNS STARK GEGEN ZUKUNFTSRAUB

Asylsuchende sollen eine Lehre machen und arbeiten dürfen

Es ist absurd. In einigen Bundesländern suchen Unternehmen verzweifelt nach Lehrlingen und Fachkräften, während der Zugang zur Lehre und zum regulären Arbeitsmarkt für Asylsuchende seit 2004 versperert ist. Schuld daran ist ein Blockade-Erlass des Sozialministeriums. Dieser Erlass gehört dringend aufgehoben. Denn die Folge ist Perspektivlosigkeit unter jungen Menschen. Auch Erwachsene trifft der verspererte

Zugang zum Arbeitsmarkt hart. Viele warten schon seit Jahren auf die Möglichkeit, regelmäßig arbeiten zu können. Die Plattform „Machen wir uns stark“ hat daher am 1. Mai eine Kampagne für die Öffnung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende gestartet. Wir fordern die Politik zum Handeln auf. Jetzt unsere Petition unterstützen auf: www.machen-wir-uns-stark.at



Minister Hundstorfer: Ende der Blockade gefordert.

WEGE ZUR GLEICHBERECHTIGUNG

„Migrationshintergrund“ - eine alles erklärende Kategorie?

„Migrationshintergrund“ ist zu einem viel gebrauchten Begriff geworden, Überall, wo es um soziale Themen und Herausforderungen geht, wird von „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen und gebannt auf deren Unter- oder Überrepräsentation gestartet. Der „Migrationshintergrund“ wird zur alles erklärenden Variablen gemacht. Doch ist das gerechtfertigt? Und hilft das wirklich dabei, Probleme zu lösen?



Erhebliche Zweifel sind angebracht. Immer mehr Menschen empfinden die Fixierung auf den „Migrationshintergrund“ als Fortsetzung einer Diskriminierungspolitik in neuem Gewand. Die anfängliche Hoffnung, die Sensibilität für den „Migrationshintergrund“ könne Positives bewirken, ist dem Ärger über den Missbrauch dieser Bezeichnung gewichen.

SOS Mitmensch hat eine Aufklärungskampagne über das Selbstbestimmungsrecht aller in Österreich lebenden Menschen hinsichtlich ihres Migrationshintergrunds gestartet. Fast 1.000 Personen haben unseren Aufruf unterschrieben. Neben VertreterInnen der Politik werden auch sämtliche wissenschaftliche Institute in Österreich, die sich mit Fragen des Zusammenlebens beschäftigen, kontaktiert und darauf hingewiesen, dass auch sie mit ihrer Arbeit beeinflussen, welche Kategorien in unserer Gesellschaft verwendet und in den Vordergrund gerückt werden.

Abschied von diskriminierenden Bezeichnungen

Während einige noch immer stur auf der Verwendung von Speisebezeichnungen beharren, hinter denen eine Geschichte des Rassismus und der Unterdrückung steckt, nehmen immer mehr Lokale Abschied von diskriminierenden Begriffen. Damit hält ein Stück Respekt Einzug. Zugleich muss der Kampf gegen Rassismus jedoch weitergehen.

Bewerbungsverfahren anonymisieren

Menschen, die hunderte Bewerbungen abschicken, aber aufgrund ihres Namens, ihrer Hautfarbe oder ihres Geschlechts kaum zu Gesprächen eingeladen werden, sind traurige Realität. Modellversuche zeigen: bei Bewerbungen ohne Foto, Namen, Geschlechts- und Nationalitätsangabe wird mehr auf Qualifikation und weniger auf Vorurteile gesetzt.

Wir feiern einen runden Geburtstag!

Am 10. Dezember 2012 feiert der Verein SOS Mitmensch einen runden Geburtstag. Wird SOS Mitmensch 10, 20, 25 oder 30 Jahre alt? Nicht googeln, im Bekanntenkreis nachfragen! In Kürze veraten wir mehr und lassen prominente Wegbegleiterinnen und Freunde zu Wort kommen.



ANDERE ÜBER ...

Zum Vorteil der MigrantInnen

Renate Csörgits, Nationalratsabgeordnete der SPÖ, sieht in der Einführung des MigrantInnen-Index des AMS nur einen weiteren – wenngleich hilfreichen – Datensatz und widerspricht damit der Kritik von Alexander Pollak.

Die Zahlen belegen, dass Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in Bereichen arbeiten, die unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikationen liegen. Daher ist es wichtig, sie gezielt zu fördern und bei der Arbeitssuche und Weiterbildung zu unterstützen, denn wir brauchen qualifizierte ZuwanderInnen. Wir müssen aber auch jene MigrantInnen, die sich bereits in unserem Land befinden, besser und gezielter fördern, damit sie und wir ihr Potenzial optimal nutzen können.

Da sowohl die betroffenen MigrantInnen, als auch der österreichische Arbeitsmarkt von gezielten Förder- und Unterstützungsmaßnahmen profitieren, wurden jetzt die Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Am 1. Jänner 2012 trat jene Änderung im Paragraph 25 des Arbeitsmarktservicegesetzes in Kraft, die es dem Sozialministerium sowie dem AMS erlauben, Daten zum Migrationshintergrund von Arbeitssuchenden zu erheben.

Das ist keine Revolution: Schon bisher konnten über 30 personenbezogene Merkmale von Arbeitssuchenden erhoben werden, von „Geschlecht“, „Ausbildungen und Ausbildungswünschen“, „bisherigen beruflichen Tätigkeiten“ bis hin zu „sonstigen persönlichen Umständen, die die berufliche Verwendung berühren“. Nun kommt eben der Datensatz „Migrationshintergrund“ hinzu.

Wem hilft das?

Es steht nun die Befürchtung im Raum, dass mit dieser Erhebung Ergebnisse produziert werden, die von gewissen politischen Gruppierungen und bestimmten Medien zur gezielten Stimmungsmache gegen MigrantInnen als „Problemgruppe“ verwendet werden könnten. Auch Alexander Pollak schlägt (in seinem Kommentar „Migration ist der falsche Hintergrund“ in MO 26) gedanklich eine Brücke von „Migrationshintergrund“ zu „Problemhintergrund“ (um seine Wortschöpfung zu verwenden) – und täuscht sich damit. Migra-

tionshintergrund ist kein Problem an sich. Menschen mit Migrationshintergrund – natürlich nicht alle, aber statistisch signifikant – sind jedoch am Arbeitsmarkt mit Situationen und Hürden konfrontiert, mit denen andere nicht konfrontiert sind. Daher ist es eine sinnvolle Weiterentwicklung der österreichischen Arbeitsmarktpolitik, Menschen mit Migrationshintergrund gezielt zu fördern. Klar ist: Nur wer gezielt Hilfestellung bietet und Problemlagen lösen möchte, ist auf eine präzise statistische Darstellung der Situation angewiesen. Wer negative Stimmungsmache betreiben will, braucht keine exakten Daten.

Die Einführung des „MigrantInnen-Index“ dient auch nicht dazu, „sich die Mühe zu ersparen, im Detail zu eruieren, welche Umstände es tatsächlich schwer machen, in Österreich ins Erwerbsleben einzusteigen [...]“, wie Alexander Pollak meint. Diese Umstände sind bereits gut bekannt und dokumentiert, und es gibt auch eine Vielzahl an entsprechenden Arbeitsmarktinitiativen:

Seien es die vorbildlichen Maßnahmen des „WAFF“ in Wien, das erfolgreiche Programm der Mentoring-Partnerschaft der Wirtschaftskammer oder die gesicherte Ausbildung Jugendlicher in überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

Aber auch das AMS war bisher in diesem Bereich nicht untätig! Beispiele sind das verstärkte Angebot von Deutschkursen, muttersprachliche Erstinformationsveranstaltungen und Informationsbroschüren sowie die verstärkte Einstellung von MitarbeiterInnen mit Fremdsprachenkenntnissen bzw. spezielle Beratungsangebote durch MigrantInnenvereine. Es ist anzunehmen, dass durch die angestrebte verbesserte Datenlage nun noch mehr und verbesserte Maßnahmen zur nachhaltigen Integration von MigrantInnen in den österreichischen Arbeitsmarkt möglich sind – zur Stärkung des Arbeitsmarkts und zum Vorteil der MigrantInnen als Teil unserer Gesellschaft!



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Renate Csörgits

Renate Csörgits, 1954, ist Sozialsprecherin der SPÖ im Nationalrat und Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Sie war von 1984 – 2010 Kammerrätin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

ANDRÉ HELLER
»HELLER LIEST ARTMANN«

ORF



**RADIO
ÖSTERREICH 1**



»AM BESTEN LIEST MICH
DER ANDRÉ HELLER.«
DIESER MEINUNG WAR
H. C. ARTMANN NICHT
ZU UNRECHT.

HELLER PRÄSENTIERT
GEDICHTE AUS DEM KULTBUCH
»MED ANA SCHWOAZZN DINTN«.
EINE AUFNAHME VOM
SALZBURGER LITERATURFEST 2010.

1 CD **€ 18,10**

Ö1 Club-Mitglieder
erhalten 10% Ermäßigung.



Kunstauktion 2012

NACHVERKAUF

zur **KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST**
zugunsten von **SOS MITMENSCH** bis 15. Juli 2012

Es sind noch einige sehr schöne Arbeiten renommierter KünstlerInnen zu haben.

Auskunft unter office@sosmitmensch.at oder unter 01/524 99 00 16

Nachverkaufskatalog abrufbar unter <http://kunst.sosmitmensch.at>

